

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Proletarier, sammelt Euch! Der monarchistische Putsch in bedrohlicher Nähe!

Wir stehen vor großen Gefahren. Nichts kann mehr die Tatsache verhüllen, daß die Reaktion präpariert zum Aufmarsch rückt und daß diese Vorbereitungen dem Abschluß bereits nahe gerückt sind.

Das hauptsächlichste Aufmarschgebiet ist diesmal Schlesien. Dort haben sich Baltikumer und Freischützer unter der Führung bekannter Offiziere aus der Kapp-Zeit aufs neue zusammengeschlossen. Der Schutz der ober-schlesischen Bevölkerung ist ihnen nur willkommener Vorwand. In Wirklichkeit soll vollendet werden, was einem Kapp-Mitgliedern ist: der Umsturz der Republik und die Wiederaufrichtung der Monarchie.

Aber diese Gefahr droht nicht allein von Schlesien her. Ueber ganz Deutschland hat die Reaktion ihre Netze gezogen: überall hin hat sie ihre Vollwerke vorgeschoben. Das ganze Land ist mit Waffenlagern und geheimen Organisationen übersät und es genügt ein Signal, um die Reaktion in jeder Provinz und in jeder Stadt in vollster Bewaffnung in Marsch zu setzen. Die in den letzten Wochen aufgedeckten einzelnen Waffenlager und Waffenschleibungen deuten klar darauf hin.

Daß die Reaktion ihre Rüstungen so ungehindert durchführen konnte, verdankt sie in hohem Maße mittelbarer und unmittelbarer Förderung durch Volksgesorgane der Regierung. Diese selbst haben die angeordnete Entwaffnung nur zur Entwaffnung der Arbeitererschaft benutzt, der Reaktion selbst aber möglichst noch stärkere Verstärkung gezeigelt. Und wo einmal in der Öffentlichkeit Hinweise auf solche Verstärkungen erfolgen, gewähren die Entwaffnungsgesorgane den Reaktionen hinreichend Freis, eine Umlagerung vorzunehmen. Organe, Einwohnerwehr, Selbstschutz haben in Beamten des Entwaffnungskommissariats die beste Stütze.

Auch die Werbungen gehen im ganzen Lande ungehindert weiter. In Bayern entfallen Werbebureaus in aller Offenheit ihre Tätigkeit. Arbeitslose laufen ihnen in großer Anzahl zu. Natürlich wird eine große Siebung unter den Bewerbern vorgenommen. Angehörige sozialistischer Parteien werden zurückgewiesen. Nur wer sich verpflichtet, mit den Führern „durch dick und dünn zu gehen“, findet Aufnahme.

Die hohen Tagelöhner der Geworbenen zeigen, daß den reaktionären Organisationen außerordentlich hohe Geldsummen zur Verfügung stehen. Sie werden von Industrie und Großgrundbesitz mit voller Hand unterstützt. Hinter den reaktionären militärischen Organisationen steht also gelddingend und fördernd das Kapital. Dieses stützt den Einfluß der Arbeitererschaft auf den Staat. Es stützt seinen Bestand und darum verbündet es sich mit der Reaktion, die ebenfalls die Niederhaltung der Arbeitererschaft will.

Um bessere Voraussetzungen für das Gelingen dieser Bestrebungen zu schaffen, soll eine nationale Welle erzeugt werden. Die

Reaktionäre hoffen, dadurch breite Volksteile mitzureißen und die Dessenlichkeit von ihren wahren Zielen abzulenken. Der ober-schlesische Putsch ist hierzu nur ein Ausruf. Berrauscht er ohne die erhoffte Wirkung, so wird morgen eine andere nationale Parole die ober-schlesische ablösen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß sich die Arbeitererschaft von allen derartigen nationalen Kundgebungen nicht nur fern hält, sondern daß sie diese als trügerische Zersetzungen und Ablenkungen erkennt und keinen Augenblick die hinter ihnen herlaufenden Gefahren vergißt.

Auch S. v. Gerlach schrieb kürzlich in der Welt am Montag, daß seit März 1920 die reaktionäre Gefahr nie mehr so groß war wie heute. Wir sagen aber nicht zu viel, wenn wir behaupten: die Gefahr ist ungleich größer als vor dem Kapp-Putsch. Vor allen Dingen ist die Reaktion heute in größerer Bereitschaft. Sie arbeitet planmäßiger und hat Bedacht darauf, nach Erreichen der politischen Macht sich in deren ungehörten Besitz zu erhalten. Sie hofft hierbei, die augenblickliche Zersplitterung und politische Müdigkeit der Arbeitererschaft auszunutzen zu können. Aber niemand wird die Pläne der Reaktionäre durchsetzen, wenn nicht die Arbeitererschaft dies tut. Die Republik ist ausschließlich auf das Proletariat gestützt und so wenig das Proletariat diese bisher mit seinem Geiste durchbringen und die Macht des Kapitals verdrängen konnte, so sehr muß die Verteidigung der Republik gegen einen monarchistischen Anschlag gemeinsame Pflicht und Aufgabe der gesamten Arbeitererschaft sein.

Der Sturz der Republik würde nicht nur die Wiederkehr der Monarchie bringen, sondern er würde auch die schwachen Ansätze zu freier politischer Betätigung des Proletariats hinwegwischen. Vor allem aber wäre Wiederkehr der Monarchie gleichbedeutend mit Wiederaufleben des Krieges und Wiedereerrichtung des Militarismus.

Kein Arbeiter darf sich diese Gefahren verhehlen. Kein Arbeiter darf weiter abseits stehen bleiben. In der Verteidigung der Republik muß sich das gesamte Proletariat zu einem lebendigen eisernen Wall zusammenschließen, an dem jeder Ansturm der Feinde zusammenbricht.

Indem wir uns so schließend vor die Republik stellen, verteidigen wir nicht irgend eine Regierung. Republik und Regierung sind uns nicht identisch. Aber solange dem Proletariat noch selbst die Kraft zur Erreichung der politischen Macht fehlt, solange verteidigen wir die Republik als einen Boden, der uns bessere politische Erziehung und Erfassung der Massen — ungeachtet aller Hemmnisse — gewährt.

Die Reaktion steht in Waffen gerüstet! Arbeiter, sammelt zum Widerstand! Sammelt zum Kampf!

Ein Aufruf Gorkis für das hungernde Rußland

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Welt am Montag veröffentlicht im Wortlaut einen Aufruf, den Maxim Gorki an Gerhart Hauptmann gerichtet hat. Darin heißt es: „Nur alle ehrlichen Menschen. Die weiten Steppen in Ostasien haben infolge einer noch nie dagewesenen Trockenheit eine Misere erlebt. Durch dieses Unglück droht Millionen der russischen Bevölkerung der Hungertod. Ich erinnere daran, daß das russische Volk infolge des Krieges und der Revolution sehr erschöpft ist und daß seine physische Widerstandskraft geschwächt ist. Dem Lande des Ostens, Dostojewskis, Glinkas und anderen, der ganzen Welt teilen Menschen, nahen drohende Tage. Ich wage nun zu glauben, daß die Kulturmenschen Europas und Amerikas, welche die tragische Lage des russischen Volkes verstehen, ihm ehestens mit Brot und Medikamenten helfen werden. Wenn der Glaube an die Humanität und die Güte der durch den verfluchten Krieg und durch das grausame Verhalten der Siegreichen gegenüber den Besiegten so tief erschüttert ist, wenn der Glaube an die schöpferischen Kräfte ihrer Ideen wie an das Gefühl der Siener in Frage gestellt werden muß und kann, so gibt das Unglück Rußlands den Vertretern der Humanität eine glänzende Gelegenheit, die Lebensfähigkeit ihrer Ideen zu zeigen. Ich bitte alle Europäer und Amerikaner, dem russischen Volke ehestens zu helfen mit Brot und Medikamenten.“

Ein Aufruf der bayerischen Reaktion.

München, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Landtagsfraktion der USPD hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, wie sich die Regierung dazu stelle, daß in Kirchenreuth in der Oberpfalz das Bezirksamt von Gewerkschaften und politischen Vereinen die Einreichung von Mitgliedslisten verlange. Dazu erklärt die Regierung nun wie folgt:

Das Bezirksamt Kirchenreuth sei zunächst darüber mit Weisung versehen worden, daß gewerkschaftliche Vereine, die sich nur mit Berufs- und Standesfragen ihrer Mitglieder befassen, nicht

als politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes anzusehen sind. Das Verlangen der Vorlage des Mitgliedsverzeichnisses der USPD, Gruppe: Waldassen, ist auf einen Irrtum der Gemeindebehörde zurückzuführen, die den § 3 des Reichsvereinsgesetzes, wonach politische Vereine ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen haben, mißverstanden hätten. Die Frage, ob nach der jetzigen Rechtslage gemäß § 3 des Reichsvereinsgesetzes noch die Vorlage der Satzungen und der Verzeichnisse der Vorstandsmitgliedslisten von politischen Vereinen gefordert werden kann, werde zur Zeit noch von der Reichsregierung geprüft. Das Bezirksamt Kirchenreuth sei angewiesen worden, bis zur endgültigen Entscheidung der Frage auf sein Verlangen gegenüber den politischen Vereinen nicht zu bestehen.

Die Bezirksämter müssen in Bayern also erst darüber befehrt werden, daß Gewerkschaften keine politischen Vereine sind und daß deshalb die politischen Maßnahmen, die nun auch in der Provinz nach dem vorbildlichen Beispiel der Münchner Polizeidirektion von den Bezirksämtern geübt werden, geschwinder und nicht zulässig sind.

Eine Wirthsche Rücktrittsdrohung?

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Montagspost meldet aus Paris: Nach der Chicago Tribune hat Reichsminister Wirth vor einigen Tagen dem englischen Botschafter Lord d'Hermon erklärt, daß, wenn die Lösung der ober-schlesischen Frage nicht günstig für Deutschland ausfalle und wenn die Sanktionen im Rheinland beibehalten würden, er die Lage als zu schwierig ansehe, um an der Spitze der deutschen Regierung zu bleiben. Dazu ist zu bemerken, daß die Chicago Tribune bereits mehrfach Meldungen verbreitet hat, durch die die Stellung Wirths erschüttert werden sollte. Es handelt sich wahrscheinlich auch hier wieder um eine dieser tendenziösen Meldungen.

U-Boothelden.

Das Urteil, das das Reichsgericht am Sonnabend gegen die beiden früheren U-Boot-Offiziere Boldt und Dithmar gefällt hat, steht im auffälligen Kontrast zu dem Strafantrag des Oberreichsanwalts. Das Gericht hat auf vier Jahre Gefängnis erkannt, während der Vertreter der Anklage vier Jahre Zuchthaus gefordert hatte. Dieser Unterschied erklärt sich aus der verschiedenen rechtlichen Beurteilung, die die Tat bei der Anklagebehörde und beim Gericht gefunden hat. Der Oberreichsanwalt hat Beihilfe zum Mord angenommen, worauf Zuchthausstrafe steht. Das Reichsgericht dagegen hat die Tat als Beihilfe zum Totschlag angesehen, wodurch die Beurteilung zu Gefängnis ermöglicht wurde. Der Mord ist die mit Ueberlegung ausgeführte Tat, der Totschlag die ohne Ueberlegung, in der Erregung begangene Tötung. Nun ist sicherlich zu glauben, daß die Angeklagten und der nicht-erschienene Hauptangeklagte Bahig sich vor und während der Tat in starker Erregung befunden haben. Dennoch fällt es schwer, anzunehmen, daß eine solche länger dauernde Handlung, wie es die Beschließung der Rettungsboote gewesen ist, lediglich ein Akt der Erregung sein und bis zu Ende bleiben könne — die Tat selbst, die ja nicht ein einfaches Dreinschlagen war, sondern eine sehr komplizierte Handlung, bei der allerlei Ermägungen und Urteile notwendig sind, scheint sich uns ohne weiteres als ein Akt der Ueberlegung darzustellen. Aber das sind juristische Spitzfindigkeiten, auf die es hier im letzten Grunde nicht ankommt. Aber dieser Kontrast zwischen dem Urteil des Gerichts und dem Antrage des Oberreichsanwalts wird erhebliches Aufsehen in der Öffentlichkeit erregen, und das Strafmaß wird als außerordentlich milde empfunden werden. Das Ausland wird unbefriedigt sein, und es kann mit Recht darauf verweisen, daß in Deutschland solche milde Gerichtspraxis nur gegen Offiziere geübt wird. Die entsetzlichen Zuchthausurteile, die wegen weit weniger grauenvoller Taten von den Ausnahmegerichten in der letzten Zeit über Arbeiter verhängt worden sind, geben ja auch Belege genug für solche Behauptungen. Ganz besonders wird auch der Umstand die nationalistischen Leidenschaften im Ausland erregen, daß den Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte ausdrücklich belassen worden sind, was der Oberreichsanwalt in seinem Strafantrag ausdrücklich gefordert und begründet hatte. Diese Auffassung ist aber auch einfach unverständlich für den, der sich nicht durch nationalistische Gründe bestimmen läßt. Man mag allensfalls zugeben, daß der Kommandant Bahig bei der Torpedierung des Lagaretschiffes nicht direkt aus unehrenhafter Gesinnung handelte, sondern in falsch verstandener Vaterlandsliebe etwas zu begehren glaubte, wozu ihm das Verhalten der Engländer ein Recht gäbe. Aber die Beschließung der Rettungsboote, die der Torpedierung des Lagaretschiffes folgte, ist auf alle Fälle ein nacktes Verbrechen, bei dem nur das Motiv der Sicherung der eigenen Haut maßgebend war. Eine solche Handlung ist mit ehrenhafter Gesinnung einfach unvereinbar. Die Angeklagten haben zu dieser Tat Beihilfe geleistet und es ist nicht einzusehen, wieso die Beihilfe zu einer unehrenhaften Tat aus ehrenhafter Gesinnung entspringen könne. Es ist selbstverständlich, daß die recht verstandene ehrenhafte Gesinnung die Verpflichtung der Kameradschaft ohne weiteres aufhebt, sobald sie zur Dedung eines todeswürdigen Verbrechens wird. Man kann also die Stellung der Angeklagten auch nicht dadurch retten, daß man dieses Gefühl der Kameradschaftlichkeit, das sie zur Teilnahme an der Beschließung der Rettungsboote veranlaßt haben könnte, als ehrenhaft hinstellt.

Auch hier tritt wieder der schneidende Kontrast in den Auffassungen unserer Richter zutage, wenn es sich um die Beurteilung der Angehörigen einer Klasse, die mit ihnen durch gleiche soziale Stellung und Anschauung verbunden ist, und der Beurteilung der Taten revolutionärer Arbeiter handelt. Die schändlichen Zuchthausurteile, die gegen die des Hochverrats angeklagten Teilnehmer an dem wahnwitzigen kommunistischen Osterputsch ergangen sind, setzen bei dem Gros der Verurteilten die ehrlöse Gesinnung ohne weiteres als ganz selbstverständlich voraus, denn nur in diesem Falle darf, sofern nicht ganz besondere Straftaten, wie Mord, Raub und dergleichen nebenher vorliegen, was in sehr vielen Fällen natürlich nicht der Fall war, auf Zuchthausstrafe erkannt werden. Vor dem Sondergericht in Halle ist bekanntlich festgestellt worden, daß diese ehrenwerte „Gerechtigkeits“-Maschine die Frage nach dem Vorliegen ehrlöser Gesinnung bei seinen massenhaften Zuchthausurteilen lange Zeit überhaupt nicht geprüft hat, bis ein Verteidiger endlich die Herren darauf aufmerksam machte, daß das Gesetz sie immerhin zu dieser Formalie — denn mehr ist es für die Herren natürlich auch dann nicht gewesen — verpflichtet.

Der Offizier ist für die Richter auch im neuen republikanischen Deutschland, dem sie ja durchweg seitlich gegenüberstehen, ein Mensch besonderer Art mit einer besonderen, feineren Ehre, dem ehrlöse Gesinnung überhaupt nicht zuzutrauen ist. Klassisch kam das in einem dieser Prozesse zutage, als der Vertreter der Reichsanwaltschaft ganz unbedeutend erklärte, er könne nicht annehmen, daß ein höherer Offizier die Richter anlügen werde. Bei einem Proleten wäre der Vertreter der Justiz natürlich niemals zu einem

solchen generellen allseitigen Vorurteil gekommen. Dabei ist das Verhalten des Herrn Kommandanten Bahig die grimmigste Satire auf die Legende von der besonderen Offizierschicht, die man sich denken kann. Dieser tapfere Herr ist nicht bloß darauf bedacht, sich in Sicherheit zu bringen, sich der Verantwortung für seine Tat, die dem deutschen Volke schweren moralischen Schaden zufügt, zu entziehen — das möchte allenfalls noch als entschuldbare menschliche Schwäche hingehen, wengleich nach der nationalistischen Legende der deutsche Offizier als eherner Pflichtenmann über solche Schwäche erhaben sein müßte. Aber der Herr Kommandant hat sich nicht einmal bemüht gefühlt, die Rücksicht auf die eigene Sicherheit zurückzusetzen gegenüber der Pflicht der Kameradschaft gegen seine beiden Untergebenen, die er doch wahrscheinlich durch seine Autorität zur Teilnahme an der verbrecherischen Handlung bewogen hat. Er mußte damit rechnen, daß seine Flucht die Lage der beiden anderen Angeklagten verschlimmern würde. Aber das hat ihn nicht zum Erscheinen vor Gericht bewegen können. Uns wundert es weiter nicht, aber unseren Nationalisten und Monarchisten muß dieser tapfere Held, der sich an das bekannte fassliche Wort von der Vorhut hält, doch ein böswartiges Loch in ihre patriotische Panze reißen. Als Vorkämpfer haben sie das Auftreten der beiden Angeklagten vor Gericht zu verwenden gesucht, die getreu ihrem Ehrenworte, das sie ihrem ausgezeichneten Kommandanten gegeben, auch vor den Richtern und angeklagt der Gefahr der Verurteilung zu Zucht haus und Schweigepflicht bis zuletzt eingehalten haben. Indessen, mit dieser Pose wird man auf nüchternem Urteile keinen Eindruck machen. Dieses Schweigen der Angeklagten war angefaßt der Sachlage das bequemste Ausfluchtswort, das sich ihnen bot. Dieses Ehrenwort war ihnen sehr gelegen, es erparte ihnen also doch von vornherein ausschließlichen Erklärungen ihrer Tat, die sie unter Umständen nur hätten hineinreiten können. Verschleiert haben sie ihre Lage vor Gericht durch diese Schweigepflicht ganz gewiß nicht, am allerwenigsten vor diesen Richtern.

Ob das Urteil geeignet ist, in der Welt den Eindruck hervorzurufen, daß Deutschland seine Kriegsverbrecher mit rückwärtsgeringer Strenge abzurufen gemittelt sei, das müssen wir aus den Gründen, die wir oben entwickelt haben, stark bezweifeln. Die nationalstische Erregung im Auslande wird durch diesen Spruch wahrscheinlich nicht befähigt werden, während in Deutschland selber die Nationalisten mit der Tatsache, daß an der Straflosigkeit der Kriegsverbrecher im Auslande von der Entente festgehalten wird, billige Agitationserfolge erzielen werden. Und so gewiß es ist, daß wir als Deutsche, ohne Rücksicht auf das Verhalten des Auslandes, die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit haben, unsere Kriegsverbrecher zu bestrafen, ebenso klar ist es, daß die Entente keinerlei moralisches Recht zur Verfolgung der deutschen Kriegsverbrecher und zur Entlastung über das Versagen des Reichs hat, solange sie nicht für Gegenseitigkeit sorgt. Erfreulich ist es, daß unsere französischen Genossen und die französischen Kommunisten das Versäumnis ihrer Regierung anfragen und einen Feldzug gegen die eigenen Kriegsverbrecher energisch aufgenommen haben. In den öffentlichen Veramlungen, die der Zusammenkunft der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien in Frankfurt a. M. sich angeschlossen, hat der Genosse Longuet im Namen der französischen Sozialisten mit flammenden Worten gegen die einseitige Forderung der Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher Protest erhoben.

Der Sozialismus ist allerdings in Frankreich zur Zeit so schwach, nicht zum wenigsten durch die fluchwürdige Haltung, die Moskau durchgeleitet hat — daß sein Einfluß auf die Politik des Landes nicht groß ist. Trotzdem nehmen wir eine Wendung des Echo de Paris, wonach Briand eine Note an Deutschland gerichtet habe, die die Anerkennung der Leipziger Urteile in Frankreich verweigert und die Übernahme der Kriegsschuldigenprozedur, soweit sie von Frankreich verlangt werden, durch die französische Justiz offiziell ankündigt, vorläufig noch nicht als Tatsache hin. Auch die französische Regierung wird sich sagen müssen, daß sie die Wiederaufrichtung des Schuldners, an dessen Zahlungsfähigkeit sie das größte Interesse hat, aufs schwerste behindert, wenn sie den Nationalisten abermals Wasser auf die Mühlen leitet, die das deutsche Volk an der energischen Inangriffnahme des Wiederaufbaues hindert. Die Entente hat seinerzeit anerkannt müssen, daß keine deutsche Regierung imstande ist, Kriegsverbrecher an die Entente auszuliefern und bei nüchterner Ueberlegung müssen sich die Staatsmänner in Paris sagen, daß sich daran nichts geändert hat. Die englische Regierung scheint auch nicht geneigt zu sein, auf solchen Wegen zu folgen, wie man wohl aus der folgenden Meldung schließen darf:

London, 16. Juli. (Reuter.) Die britische Regierung hält es nicht für notwendig, in Verbindung mit den Prozessen gegen die deutschen Kriegsschuldigen einen neuen Schritt zu unternehmen. Die Berichte der richterlichen Beamten der Krone über die bereits verhandelten Fälle sind noch nicht eingetroffen, und da noch nicht sämtliche britischen Fälle abgeschlossen sind, ist ein vollständiger Bericht im Augenblick unmöglich. Die Fälle können nicht im einzelnen erwoagen werden, sondern müssen als Ganzes behandelt werden. Die Prozesse werden jedoch ausser Acht gelassen als Beleg für den guten Willen Deutschlands, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen.

Die Begründung des Urteils.

Der Gerichtshof steht es zunächst für völlig klar und fest, daß die „Llandovery Castle“ objektive völkerrechtswidrig torpediert worden ist. Die Verhandlung hat bestimmt ergeben, daß das Schiff als Lazarett schiff ausgestattet und als solches gekennzeichnet war. Es ist erwiesen, daß weder die Bemerkung noch die sonstige Bekanntschaft des Schiffes irgendwie völkerrechtlich zu beanstanden war, daß vielmehr alles auf dem Schiffe in bester Ordnung war. Es ist weiter erwiesen, daß das Schiff innerhalb der Zone fuhr, innerhalb deren eine Torpedierung nicht zulässig war. Endlich ist nachgewiesen, daß der Befehl der deutschen Regierung und der höchsten Marineoffiziere dahin ging, daß solche Schiffe, wie das hier fragliche, nicht torpediert werden dürfen. Es ergibt sich aus diesem Befehl, daß die deutsche Regierung den Standpunkt vertritt, daß es nach den völkerrechtlichen Bestimmungen als unzulässig erachtet wurde, das Torpedieren unter Nichtachtung als Hospital schiff von solchen Schiffen vorzunehmen, die Bewundene aus dem Landkrieg über See transportierten. Auch der Kommandant des U-Bootes, Bahig, kann leicht hier einräumend, keine Umstände geltend machen, daß er zur Torpedierung berechtigt war. Es war vielmehr, wie der Sachverständige in durchaus objektiver und überzeugender Weise ausgeführt hat, lediglich das allgemeine Mißtrauen, das leider auf beiden Seiten entstanden war, vermöge dessen eine Kriegspartei der anderen ohne weiteres Völkerrechtswidrigkeiten zutraute, die den Kommandanten hier, vielleicht auch noch in sonstigen Fällen, überleben ließ, daß es zunächst noch einer besseren Prüfung und Ueberlebung im einzelnen Falle bedurfte. Alles das interessiert aber hier gegen die Angeklagten nicht, denn es ist nicht Aufgabe erhoben, daß sie der vorliegenden und bedingten völkerrechtlichen Torpedierung des Lazarett schiffes und der damit verbundenen Tötung von Menschen sich schuldig gemacht haben, sondern

die Anklage geht dahin, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt, nach der Torpedierung, sich an der Tötung von Menschen beteiligt haben, die in Rettungsbooten von dem untergehenden Schiff glücklich entkommen waren. Der Gerichtshof ist überzeugt, daß von den Booten mindestens drei außerhalb der Gefahrzone, die das untergehende Schiff hiel, sich bewegten. Da war zunächst das Kapitän sboot, über dessen Fortkommen genaue Auskunft nicht worden ist, dann weiter zweifellos dasjenige Boot, aus dem der Zeuge Higgins an Bord des U-Bootes genommen wurde. Das dritte Boot war das des dritten Offiziers mit sechs Mann. Von diesen drei Booten steht fest, daß sie vom sinkenden Schiff abgekommen waren, und daß sie noch auf dem Wasser sich befanden, als die Tätigkeit des U-Bootes einsetzte. Es ist nicht einzusehen, warum, wenn ein äußeres Einwirken stattfand, eines dieser drei Boote, nicht ebenso ungefährdet davongekommen sein sollte, wie das Kapitän sboot, dem es gelang, sich aus der Gefahrzone zu entfernen. Diese Boote sind nach Ansicht des Gerichtshofes als glücklich beschaffen worden und zwar zu dem Zwecke, um die Zeugen zu beschützen, die den Festtritt des U-Bootes-Kommandanten hätten nachweisen können. Mit welchen Gedanken sich der Kommandant Bahig getragen hat, ist aus der Verhandlung klar hervorgegangen.

Es mag nun hervorgehoben werden, daß ein bestimmter Beweis dafür, daß das U-Boot das Rettungsboot zum Sinken wollte, nicht erbracht ist, daß aber auch, wenn dies der Fall wäre, diese Erwartung der Angeklagten ausschließen würde, weil dieses Raumen und die Führung des Bootes ausschließlich durch das Kommando Bahigs selbst zur Ausführung gebracht worden wäre.

Es ist nun die Pflicht der Beseitigung der überlebenden Mannschafft der „Llandovery Castle“ nicht nur aus diesem Umstande mit Sicherheit zu entnehmen, sondern namentlich aus der Rede, die der Kommandant Bahig dann hielt, und bei der er nicht etwa von der Unrechtmäßigkeit, bedingt vorzüglich oder fahrlässig ausgeführter Torpedierung des Schiffes sprach, sondern ohne Unterbruch, und für jeden deshalb sonnenklar, tatsächlich von dem sprach, was sich der Torpedierung angeschlossen hatte, nämlich von dem Angriff auf die Rettungsboote, in Bezug auf die er sich von seiner Mannschafft Schweigen erbat. Das weitere Verhalten des Kommandanten Bahig beweist aber noch mehr als das. Daß er nicht etwa lediglich für die fahrlässig erfolgte Torpedierung des Lazarett schiffes sein Verhalten zu rechtfertigen hatte, sondern daß er gerade auch hier wieder die Vertätigung der Rettungsboote zu verdecken und der Kenntnis seiner Vorgehens zu entziehen suchte, das ergibt sich daraus, daß er die Entzerrung in das Schiffstagesbuch pflichtwidrig ausgefüllt und von dem gantzen Vorgang nichts erwähnt hat. Aber noch mehr als das. Er ging soweit, daß er eine unrichtige Route in die Karte eintrug, also direkt zur Fälschung einer Urkunde überging, die richtig herzustellen er verpflichtet war.

Die Sachlage, wie sie festgestellt worden ist, ergibt klar, daß die einzigen Ziele, die vorhanden waren, nur die Rettungsboote waren, daß andere Ziele gar nicht in Frage kommen konnten und ein besonderes Feuer im Übrigen durch nichts gerechtfertigt war. Die Ueberzeugung, daß die Rettungsboote wirklich getroffen und mit ihren Insassen vernichtet worden sind, hat das Gericht gleichfalls nicht abzulehnen vermocht. Im Gegensatz zum Oberrettungsboot wird angenommen, daß drei Rettungsboote glücklich abgekommen sind, daß zwei davon verschunden sind und daß sich das überlebende Boot tagelang auf See gehalten hat. Unter diesen Umständen ist kein Grund vorhanden, einzusehen, warum die anderen Insassen dafür, daß die beiden andern Boote infolge Anwendung von Geschützfeuer verschunden sind, abzulehnen wären. Hat aber der Kommandant Bahig in der Weise gehandelt, so haben die Angeklagten ihrerseits an der Wahnahme, die er geäußert hatte, namentlich, soweit das Geschützfeuer in Frage kommt, teilgenommen; sie sind an dem Verbrechen, das die Tötung dieser Schiffbrüchigen begweckt hat, beteiligt gewesen.

Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß alle drei Offiziere über das Ziel ihrer Handlung einig waren, daß sie also bestrafbar waren, den Festtritt des U-Bootes, mag er innerhalb des Kommandanten zur Last zu legen sein, zu verdecken, und daß sie zur Erreichung dieses einseitigen Zieles als unmäßig tätig waren. Was nun diese Tat selbst anbelangt, so ist nach dem, was bereits ausgeführt ist, kein Zweifel darüber, daß hier ein vorzügliches Verbrechen der widerrechtlichen Tötung in Frage kommt. Es würde sich als noch qualifizierter, wenn überlegte Ausführung dieser Tat nachgewiesen wäre. So wahrscheinlich nun auch eine solche überlegte Ausführung dieser Tat ist, so kann zur völligen Ueberzeugung des Gerichts eine solche nicht festgestellt werden.

Die Begründung legt dar, daß die Handlungswelt Bahigs nicht als überlegter Mord, sondern lediglich als eine in der Erregung begangene Tötung anzusehen ist. Dann nötigt die Unvollständigkeit, die Handlung der Angeklagten so zu beurteilen, daß ihre Tat als Beihilfe zur Tötung anzusehen werden kann. Gegen die Rechtswidrigkeit und die Strafbarkeit der Haupthandlung und demgemäß der Nebenhandlung der Anzeigens befehligt nicht der geringste Zweifel. Verloren Schiffbrüchige, die angehört haben, Feinde zu sein, dürfen unter keinen Umständen getötet werden. Eine Kriegshandlung kommt überhaupt nicht in Betracht.

Demgemäß war die Bestrafung aus den §§ 112 und 49 des deutschen Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 218 vorzunehmen. Bei Bemessung der Strafe innerhalb der sich hieraus ergebenden Grenzen wurde erwogen, daß es sich um eine sehr schwere Straftat, um die Vernichtung wehrloser Schiffbrüchiger, handelt, und daß zahlreiche Menschen dem verbrecherischen Unternehmen zum Opfer gefallen sind.

Namentlich aber war es der Schatten, der durch diese Tat auf unsere Marine und insbesondere auf den U-Boot-Krieg geworfen ist; der dazu bestimmte, auf das Höchstmaß der Strafe zu erkennen. So erklärt sich die hohe Strafe von 4 Jahren Gefängnis.

Um die proletarische Internationale.

In unserem am Mittwoch wiedergegebenen Bericht von der Tagung der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien in Frankfurt a. M. ist bereits gemeldet, daß auf einen Brief der englischen Labour Party, der zu einer Konferenz zur Schaffung einer allumfassenden Internationale einlad, eine abschließliche Antwort gegeben werden mußte. Aus dem Brief der englischen Partei ist die folgende wesentliche Stelle zu vermerken:

Der jährliche Parteitag der Labour Party hat oben in Brighton getagt. Ich beziele mich, Ihrer Partei die Resolution mitzuteilen, die von den tausend Delegierten, die 4500 Mitglieder vertreten, einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution lautet wie folgt:

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage der Arbeiterbewegung in ganz Europa und den Wechsel im Sekretariat der Internationale fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, für die Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale und die Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundzüge im Gegensatz zur Diktatur zu sorgen. An alle sozialistischen Organisationen in der Welt sind Einladungen zu versenden zu einer Konferenz, auf der eine umfassende Internationale geschaffen werden kann. Der Parteitag wünscht schließlich eine Fühlungnahme zwischen der Zentrale der Wiener Internationalen Arbeitergemeinschaft und dem Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, um einen Zusammenschluß vorzubereiten und künftigen Differenzen entgegenzuarbeiten.

Aus der Antwort der Internationalen Arbeitergemeinschaft geben wir die folgenden wichtigsten Ausführungen:

In der Sache selbst gestalten wir uns zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß der Zweck der möglichst einheitlichen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte weder die „Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale“ noch die „Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundzüge im Gegensatz zur Diktatur“ sein kann.

Als einzigen und ausschließlichen Zweck der Schaffung einer umfassenden Internationale können wir nur auffassen die Steigerung der Kampfkraft und Schlagkraft des internationalen Proletariats gegen die internationale Bourgeoisie bis zur schließlichen Ueberwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft in allen Ländern. In diesem Kampf handelt es sich nicht darum, die demokratischen Grundzüge in abstrakter und fasscher Weise dem Prinzip der Diktatur gegenüberzustellen, weil die Kampfmittel des Proletariats sich anpassen müssen an die gegebenen Kampfbedingungen in einem jeden Lande, diese Bedingungen aber von Land zu Land verschieden sind. Diesen Gedanken hat die Wiener Konferenz sehr klar hervorgehoben in den nachfolgenden Sätzen unseres Beschlusses betreffend „Methoden und Organisation des Klassenkampfes“:

Die endgültige Befreiung des Proletariats kann nicht innerhalb der nationalen Schranken erkämpft werden; sie kann nur das Ergebnis internationaler Aktion sein. Diese internationale Aktion zu organisieren, ist die eigentliche Aufgabe der proletarischen Internationale.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die proletarische Internationale den Besonderheiten der objektiven Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern Rücksicht tragen. Sie darf die Freiheit der einzelnen sozialistischen Parteien, ihre Aktion den besonderen Bedingungen ihres Landes anzupassen, nicht beeinträchtigen. Sie darf das Proletariat weder auf die Anwendung der demokratischen Methoden beschränken, wie dies heute die sogenannte Zweite Internationale tut, noch ihr die schamlosen Nachahmung der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution vorschreiben, wie dies die kommunistische Internationale will. Aber unbeschadet der Verschiedenheit der in den einzelnen Ländern anzuwendenden Methoden muß die Internationale alle Kräfte des internationalen Proletariats zu einheitlicher Aktion gegen den internationalen Kapitalismus vereinigen.

Im Verfolg dieses hier skizzierten Gedankenganges legen wir Wert auf die Erklärung, daß wir mit dem Ziel der Schaffung einer allumfassenden proletarischen Internationale durchaus einverstanden sind. Die Wiener Konferenz hat diesem Willen in einer besonderen Resolution Ausdruck gegeben, sie hat aber gleichzeitig die Voraussetzung umschrieben, die für die Schaffung einer allumfassenden Internationale maßgebend sind. Diese Internationale kann nur das Resultat einer im unablässigen Klassenkampf des Proletariats eines jeden Landes errungenen günstigen Klarheit sein, die den Willen zur proletarischen Einheit auf die Grundlage der gemeinsamen prinzipiellen Anschauungen stellt.

Diese Gemeinschaft der Grundanschauungen ist heute leider noch nicht verwirklicht, und als Zeichen dafür dürfen wir den Gegensatz auffassen, der heute zwischen den Grundzügen der Zweiten Internationale und der unter IUSP angeführten Parteien besteht und der sich, um es mit einem Worte zu sagen, auf den Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Auffassung des Klassenkampfes zurückzuführen läßt.

Solange dieser Gegensatz weiterbesteht und gewisse der Zweiten Internationale angeschlossene Parteien sich nicht in höherem Maße zur Einheit über die Bedingungen und Modalitäten der proletarischen Revolution durchgerungen haben, fehlt die Basis der internationalen proletarischen Einigung, denn ein Zusammen schluß ohne gemeinschaftliche Grundanschauungen wäre nur eine formelle Einigung ohne innere Geschlossenheit, ohne Kraft- und Aktionsfähigkeit. Aus diesem Grunde betrachten wir den Zeitpunkt für die Einberufung einer Konferenz auf breiter Grundlage jetzt noch nicht für gekommen.

Dagegen halten wir unverbindliche Zusammenkünfte zu rein informativen Zwecken für durchaus notwendig, wenn eine allumfassende Internationale schließlich zustande kommen soll. Unser Bureau ist daher im Sinne der Beschlüsse der Wiener Konferenz stets gewillt, Einladungen zu informativen Besprechungen, mögen sie nun ausgehen von Parteien der sogenannten Zweiten Internationale oder der sogenannten Dritten Internationale oder von Parteien, die keinem dieser Parteienverbände angehören, zu entsprechen.

In einem Artikel: „Nach Internationale Einigung durch den gemeinsamen Klassenkampf“ behandelt Genosse G. Ledebour die Angelegenheit und schreibt u. a.:

Die Ablehnung des Konferenzvorschlages hatten die Verfasser der Brightoner Resolution dadurch unvermeidlich gemacht, daß sie als deren Zweck die Stärkung der zweiten Internationale betonen. Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, daß wir eine solche Zumutung rundweg abzulehnen hatten. Doch das ist ja nur die rein formelle Seite der Sache. Auch sachliche Gründe hätten uns zur Ablehnung einer besser befürworteten Einladung bringen müssen.

Schon der Hinweis darauf, daß es notwendig sei, den demokratischen Gedanken gegenüber der „Diktatur“ zur Geltung zu bringen, zeigt, daß die Brightoner Resolutionisten an einer bewußten Unklarheit leiden. Die IUSP hat in Wien sich nachzuweisen bemüht, daß das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats keineswegs die Anwendung demokratischer Methoden ausschließt und daß von zeitlichen und örtlichen Entwicklungsbedingungen die Wahl der Methoden des proletarischen Klassenkampfes abhängt. Um den Genossen der Labour Party dafür jetzt wenigstens das Bekenntnis zu erschließen, haben wir in unserer Antwortschreiben die einschlägigen Sätze der Wiener Konferenz zitiert. Es wird allerdings noch einige Zeit dauern, bis unsere Auffassung Gemeingut der proletarischen Klassenkämpfer wird; denn bisher haben sich Kommunisten und Rechtssozialisten in die Hände gerackelt mit der Behauptung, Demokratie und proletarische Diktatur seien unverzähliche Gegensätze. Aber auch da können wir uns darauf verlassen, daß die Tatsachen ihre Logik schließlich auch durch die düsteren Schüdel hindurchdringen werden.

Die Einberufung einer Konferenz aller internationalen Organisationen des Proletariats zur Vorbereitung ihres Zusammen schlusses zu einer weltumfassenden einheitlichen Internationale wird schließlich jetzt noch dadurch behindert, daß sie nicht durchweg auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen. Das Bekenntnis dazu und die Beteiligung dieses Bekenntnisses vor allem ist aber die Vorbedingung für jede Partei oder gewerkschaftliche Organisation, welche die Mitwirkung in der großen Internationale der Zukunft erstrebt. Damit hapert es aber bei den in der sogenannten 2. Internationale verbündeten Parteien. Bedeutend, die sie nicht durchweg sich durchgerungen haben zu einer unzweideutigen Klassenkampftaktik, kann gar keine Rede von einem internationalen Zusammenschluß mit ihnen sein, wie ja auch heute noch einer der wesentlichsten Gründe für Parteipfisterung in Deutschland die Tatsache ist, daß die Rechtssozialisten in Nachwirkung ihrer Kriegspolitik mit den bürgerlichen Parteien Kooperationsaktionen bilden. Die gleiche Rückständigkeit weist die belgische Partei auf, nicht minder eine Hauptstütze der 2. Internationale.

Die Labour Party hat erfreulicherweise in Brighton einen kräftigen Kund zum proletarischen Klassenkampf hin gemacht, indem sie sich in einer besonderen Resolution gegen jede Kooperationsaktion mit kapitalistischen Parteien erklärte. Damit ist sie in prinzipieller Klarheit weit hinausgewachsen über die deutsche

Rechtssozialisten.* Und deshalb können wir auch trotz unserer Abmilderung des allgemeinen Konferenzgedankens uns von einer Sonderbestimmung mit den Vertretern der Labour Party für die Weiterentwicklung unserer internationalen Bestrebungen einen Erfolg versprechen.

Um die Haltung der Labour Party richtig zu würdigen, muß man im Auge behalten, daß sie nicht eine organisatorische Einheit darstellt, sondern ein Bündnis selbständiger proletarischer Parteien und Gewerkschaften zur Vertretung gemeinsamer Interessen im Parlament ist. Innerhalb der parlamentarischen Fraktion der Labour Party ist die geistige Leitung ihrer vorgeschrittensten Körperschaft, der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), zugefallen, derjenigen Partei, die sich als Vorkämpferin des proletarischen Klassenkampfes auf dem Wiener Kongreß der I.S.P. angeschlossen hat. Wie befruchtend und vorwärtstreibend die I.S.P. auf die Labour Party wirkt, das zeigt die in Brighton erfolgte Abgabe an den Gedanken einer Koalition mit bürgerlichen Parteien.

So ist das, was sich auf internationaler Ebene abspielt, ein Spiegelbild der Entwicklung in Deutschland selbst. Hier wie dort hindrängen zur Einigkeit des Proletariats; hier wie dort ist es die I.S.P. samt den ihr verwandten Parteien anderer Länder, die den Weg zu dieser Einigung zeigen: Bedingungenloses Einverständnis in den proletarischen Klassenkampf, ohne in Bündnisse mit kapitalistischen Parteien oder in die Nachahmung der terroristischen Herrschaftspraktiken jener kapitalistischen Parteien zu erlauben, wie es die Moskauer gemacht haben oder deren kommunistische Nachtreter in Westeuropa machen wollen. Durch die gemeinsame Durchführung proletarischer Klassenkämpfe wollen wir allmählich die engsten Rechtssozialisten und Kommunisten wieder an Gemeinsamkeit des Denkens, Fühlens und Handelns gewöhnen, die dem Proletariat den Sieg über seine mächtigen Feinde verbürgt. Noch ist es nicht so weit; aber wir sind auf dem Wege dazu in Deutschland wie in der ganzen Welt!

* Hier müssen wir ein Fragezeichen setzen. Wir kennen die Brightoner Verhandlungen noch nicht. Aber wir wissen, daß auf englischen Arbeitertagungen früher dieser Resolutionen von größter grundsätzlicher Bedeutung — einstimmig oder fast einstimmig sogar — angenommen worden sind — unter allgemeiner Teilnahme der Delegierten und ohne daß sie jemals praktische Geltung erlangten. Wir müssen nach allem, was wir von der geistigen Orientierung der Labour Party wissen, befürchten, daß auch die Annahme der Brightoner Resolution nur akademische Bedeutung hat. Red. d. Volkstg.

Ein französischer Vorstoß.

Die französische Regierung hat die verhältnismäßig unbedeutenden Zwischenfälle, die sich seit der Räumung Oberschlesiens im deutschsprachigen Gebiet zugetragen haben, zum Vorwand genommen, um die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens bis zum Herbst zu verschleppen und in der Zwischenzeit die Zahl der französischen Truppen durch eine volle Division zu verstärken, in der offenkundigen Absicht, dadurch gegen die häufig durchgeführten englischen Truppen ein Gegengewicht zu schaffen. So sehr wir die Zwischenfälle der letzten Tage verurteilen — der französische Vorkämpfer führte einige neuere auf, die in der deutschen Öffentlichkeit merkwürdigerweise nicht bekannt geworden waren! —, denen allerdings viel schwerere auf polnischer Seite gegenüberstehen, so scharf wir gegen die reaktionäre Politik-Praktiken eines großen Teils des deutschen Volkstums und ihre mehr als laue Abwehr durch die preussische und die Reichsregierung Stellung genommen haben, so ist doch nicht einzusehen, wie durch die ewige Verschleppung der Entscheidung, die die Verödung dieses unglücklichen Landes in einen Zustand dauernder Erregung versetzt, diesen Zuständen ein Ende gemacht werden kann, und zweitens festzuhalten, daß die Hauptverantwortung dafür nicht, wie die französische Regierung behauptet, der Reichsregierung, sondern der Interalliierten Kommission zukommt, die allein die Macht im Abstimmungsgebiet in Händen hat. Die französische Regierung hat mit ihrem letzten Vorstoß ziemlich unerschrocken zu erkennen gegeben, daß es ihr nicht auf die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien und eine den Ansprüchen beider Parteien gerecht werdende Lösung der ober-schlesischen Frage ankommt, sondern darauf, ihre imperialistischen Pläne gegen den energischen Widerstand Englands durchzusetzen.

Ueber den Scheitern der französischen Regierung wird gemeldet: Berlin, 16. Juli. Heute nachmittags besuchte der französische Vorkämpfer Laurent den Außenminister Dr. Rosen, um ihm im Namen seiner Regierung die folgenden Eröffnungen zu machen:

Die sehr bestimmten und eingehenden Vorschläge des Generals de Rond und die dringenden Mittelungen der polnischen Regierung lassen keine Zweifel über den insolge des Verhältnisses der Deutschen immer größer werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und zwar wegen der Instabilität der Waffen, wegen Aufrechterhaltung der deutschen Banden in dem Abstimmungsgebiet selbst oder an seinen Grenzen und über die Gefahr einer gewaltigen Aktion in Oberschlesien. In dem Abstimmungsgebiet selbst mögen sich die deutschen Attentate, die besonders gegen die französischen Truppen und Beamten gerichtet sind. Am 4. Juli wurde der Major Montaigne in der meuchlings in Weichen ermordet, am 8. Juli wurde in Kattow ein Adjutant des französischen Kontrolleurs in seinem Hotel angegriffen und konnte sich nur dadurch retten, daß er sich in seinem Zimmer verbarrikadierte. Am 12. Juli wurde der französische Hauptmann Luz in seinem Hause von einer Anzahl bewaffneter Männer angegriffen, in Oppeln wurde Leutenant Duval mit einem Dolch bedroht; eine Bombe wurde in der Nähe des Hospitals geworfen. Ein französischer Untersuchungsrichter Schabellin wurde angefallen, seiner Brieftasche und seiner Papiere beraubt und heftig verprügelt, ohne daß die Polizei einschreiten wollte. Bei der Verhaftung hat sich ergeben, daß die Urheber dieser Verbrechen Mitglieder der I.S.P. sind, die nicht zu diesem Gebiet gehören. Die Selbstschutzbewegungen sind nicht entworfen und nur zum Schein herbeigeführt worden. Es ist festgestellt, daß von 40 000 nur 10 000 Mann aus dem Gebiete stammen. Weiter 10 000 sind in Gruppen verteilt und im Gebiet verstreut worden. Von den 20 000 Mann, die abtransportiert worden sind, ist der größte Teil in Mittel- und Niederschlesien geblieben. So bleiben die deutschen Banden gewehrlos, sei es in dem Abstimmungsgebiet, sei es an seinen Grenzen. Der Stamm dieser Bataillone, der zur Bildung der Armee gedient hatte, ist nicht aufgelöst worden, sondern wird fortwährend vermahrt. Die Waffen sind den Kontrolloffizieren nicht übergeben worden, die nur auf 250 Gewehre und auf ein unbrauchbares M.G. die Hand haben legen können, während 20 000 Mann mit modernen Waffen versehen waren.

Die Verantwortlichkeit der Regierung bleibt ebenso wie bisher voll bestehen, weil sie die Rekrutierung, den Transport und die Bewaffnung der Selbstschutzbewegungen, sowie ihre Zusammenziehung und ihren Fortbestand in Oberschlesien duldet. Unter diesen Umständen kann angesichts des Druckes der deutschen Bedrohung die französische Regierung nicht daran denken, — nach einer oberflächlichen Prüfung von einigen Tagen durch eine Sachverständigenkommission eine endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage zu treffen, die unmittelbar den Angriff einer wirklichen aus Aufständischen gebildeten deutschen Armee hervor-

rufen und ohne Zweifel durch eine Abwehraktion der Polen beantwortet werden würde. Die französische Regierung, die auf Wunsch ihrer Verbündeten durch die Zahl der Truppen und Beamten, die sie nach Oberschlesien entsandt und durch den Vorstoß in der I.S.P. in erster Linie die Verantwortung trägt, hat mit Rücksicht auf die schwere deutsche Bedrohung Vorsehrung getroffen, um unverzüglich eine Division zur Verstärkung nach Oberschlesien zu senden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und der drohenden Gefahr zu begegnen.

Im Anschluß an diese Eröffnungen stellte der französische Vorkämpfer an die deutsche Regierung folgende Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschutzbewegungen und Freikorpsorganisation zu entlassen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.

2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßregeln zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrags in Oberschlesien keinen Widerstand finden.

3. Deutschland hat alle Maßregeln zu treffen für die schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen, welche eventuell nach Oberschlesien geschickt werden sollen.

Der Außenminister hat bei Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Vorkämpfers sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Stüberungsaktion — ähnliche und noch viel schärferer Artigen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Vorkämpfer auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Stüberungsaktion den Zweifel des deutschen Kabinetts an ihrer Wirksamkeit unzweideutig zum Ausdruck gebracht und dessen Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet würden, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden.

Nach diesen vorläufigen Erwiderungen behielt sich der Außenminister die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Eröffnung des französischen Vorkämpfers enthaltenen Punkte vor.

Frankfurt a. M., 18. Juli. (M.) Wie der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet wird, hat sich bisher kein Vertreter der anderen Alliierten dem Schritt des französischen Vorkämpfers über Oberschlesien angeschlossen.

Frankreichs Verschleppungspolitik.

Paris, 15. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt zu wissen, daß Brtan heute die britische Regierung verständigt, daß er mit ihr betreffs der Entsendung einer Kommission von Diplomaten, Sachverständigen, Ingenieuren usw. nach Oberschlesien einig gehe, die an Ort und Stelle die Folgen einer Teilung des Abstimmungsgebietes prüfen soll. Da man der neuen Kommission die nötige Zeit lassen muß, sich über die wirtschaftliche Lage, die aus der Teilung entstehen würde, und deren Entwurf sie dem Obersten Rat unterbreiten wird, zu unterrichten, so scheint es, daß die alliierten Regierungschefs über die ober-schlesische Frage in zweckdienlicher Weise nicht vor dem Monat September beraten können.

Paris, 16. Juli. Berlin teilt im Echo de Paris mit, daß die Tagung des Obersten Rates, die für Ende Juli vorgesehen war, jedenfalls aufgeschoben werde. Ministerpräsident Briand sei vor die Frage gestellt gewesen, ob der Oberste Rat Ende dieses Monats oder erst im Herbst zusammentreten werde. Man könne voraussetzen, daß sich der französische Ministerpräsident für eine weitere Vertagung aussprechen werde. Es wird also erst in Herbst über Oberschlesien und über die Aufhebung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen im Rheinland entschieden werden.

Um die Washingtoner Konferenz.

Aus dem Muß von Nachrichten und Gerüchten über die bevorstehende Washingtoner Konferenz, mit denen die Welt überschüttet wird, scheint folgendes ziemlich sicher hervorzugehen: die Konferenz wird, ohne daß vorbereitende Konferenzen in London oder Washington ihr vorausgehen werden, im Spätherbst zusammenzutreten und wird aus zwei, natürlich mittelander eng zusammenhängenden Teilen bestehen: einer Washingtoner Konferenz, an der nur die ehemals alliierten Großmächte (Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan) teilnehmen werden, und einer Konferenz über die Fragen des Stillen Ozeans, zu der außer Rußland alle Staaten eingeladen werden sollen, die in diesem Gebiet Interessen haben — also außer China wahrscheinlich auch Belgien und Holland —, die aber vorläufig dadurch gefährdet erscheint, daß Japan wohl seine Teilnahme an der Abrüstungskonferenz, aber noch nicht an der Konferenz über den Stillen Ozean zugesagt hat, offenbar, da es sich nicht vornehmlich an Abmachungen einer Konferenz binden will, in der es ziemlich isoliert einer starken Koalition gleichgerichteter Interessen der anderen Staaten gegenübersteht.

Ueber die Haltung Japans wird gemeldet: London, 15. Juli. (M.) Der Times-Korrespondent meldet aus Washington: Offiziell wird gemeldet, daß Japan die Einladung des Präsidenten Harding für die Konferenz nur angenommen hat mit Bezug auf die Abrüstungsfrage, während in der Antwort über das Problem des Stillen Ozeans Schweigen bewahrt wird. Solange sich jedoch Japan nicht definitiv wagt, über die Frage des Stillen Ozeans zu sprechen, gibt die amerikanische Regierung die Hoffnung nicht auf, daß Japan schließlich den getroffenen Abmachungen zustimmen wird.

London, 16. Juli. Neuter erzählt von japanischer amtlicher Seite, die japanische Regierung habe die Einladung zur Abrüstungskonferenz mit Freuden angenommen. Die japanische Regierung sei der Ansicht, daß es der Erreichung des gesteckten Zieles förderlich sein würde, wenn der Charakter der Probleme des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens zunächst definiert würde, bevor sie ihre Ansicht über deren Erörterung zum Ausdruck brächte. Sie habe daher die Beteiligten Staaten ersucht, ihre Mitteilung davon zu machen, welches die amerikanischen Ansichten in diesen Fragen seien.

London, 16. Juli. Nach einer Erklärungsmitteilung aus Washington verläutet, daß die Beteiligten Staaten nicht zugelassen worden, daß eine Diskussion der Frage des Fernen Ostens zu einer Bedingung gemacht werde. Japan müsse zuerst den Grundplatz der Konferenz annehmen. Es verläutet, daß Staatssekretär Hughes in der an Japan gesandten Note diesen Standpunkt darlegt.

Die Teilnahme der kleinen Staaten.

Paris, 15. Juli. Welt Journal wird aus Brüssel gemeldet, die belgische Regierung bemitleide sich, zu der Washingtoner Konferenz zugehört zu werden, weil sie ihre Interessen im Fernen Osten zu vertreten habe und weil Belgien als unmittelbarer Nachbar Deutschlands ein Hauptinteresse an der Festlegung der militärischen Streitkräfte habe.

Paris, 16. Juli. Nach Neunorf Herald hat das Staatsdepartement erklärt, daß die Anwesenheit Belgiens, zur Washingtoner Konferenz zugelassen zu werden, wahrscheinlich nicht zurückgewiesen werde, wenn sie den beteiligten Mächten direkt vorgelegt werde, weil Belgien tatsächlich weitgehende Interessen im Fernen Osten habe. Auch die holländischen Interessen im Fernen

Osten machten es wahrscheinlich, daß Holland in Washington mitkommen geheißt werde, falls es um Teilnahme an der Konferenz nachsuche. Nur bezüglich Rußlands sei es praktisch genommen sicher, daß, wenn nicht bloß zur Konferenz ein zahlreicher Beirat in der russischen Regierung eintrete, dieses Land nicht eingeladen werde. Die Teilnahme Belgiens, Hollands und Chinas an den Beratungen über die Frage des Fernen Ostens bedeute indessen nicht, daß sie an der Abrüstungsdiskussion teilnehmen würden. Diese solle vielmehr auf die fünf von Anfang an beteiligten Mächte beschränkt werden, da die andern nicht als Mittelmächte in Betracht kämen.

Konferenzbeginn am 11. November.

Paris, 17. Juli. Die Chicago Tribune teilt aus Washington mit, es sei so gut wie endgültig entschieden, daß der 11. November als Zeitpunkt für die Eröffnung der Abrüstungskonferenz gewählt wird.

Vom Orientkrieg. Griechischer Kriegsbericht.

Paris, 17. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Athen besagt der amtliche Bericht vom 16. Juli: Unser Angriff gegen die besetzte Stellung bei Retain entwickelt sich normal. Wir haben vorgeschobene Stellungen besetzt und ein Geschütz, Maschinengewehre, Gewehre und Munition erbeutet. Unter den türkischen Gefangenen befindet sich der Generalkommandeur der 4. Division. Am 13. Juli wurde ein heftiger Angriff des Feindes auf Kilia Karahisar durch einen energischen Gegenangriff zurückgewiesen. Der Feind verlor 12 Tote, gegen 100 Verwundete, 5 Maschinengewehre und Gewehre russischen Ursprungs.

Italien besetzt Adalla.

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die Berliner Montagopost meldet aus Athen: Nach Privattelegrammen aus Smyrna sind zwei italienische Transportschiffe, die von Torpedos begleitet waren, im Hafen Adalla eingelaufen und haben 5000 Karabinere gesandt. Die kleine Hafenstadt Adalla war bereits nach dem Krieg den Italienern zugesprochen worden, wurde aber vor einigen Wochen von ihnen wieder geräumt, da das Ministerium Giolitti eine Verständigung mit den türkischen Nationalisten anstrebte.

Unruhen im Lodzer Gebiet.

Warschau, 15. Juli. (M.) Wie der Kurjer Warszawski meldet, wurden drei Infanterieregimenter und Maschinengewehr-Abteilungen in das Gebiet von Lodz abgefordert, weil dort Unruhen der Textilarbeiter mit stark bolschewikischem Einschlag eingeleitet haben. Ueber den Lodzer Distrikt wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Immer neue Attentate in Spanien.

Barcelona, 16. Juli. Hier wurde ein neues Attentat verübt, dem ein Sozialist, anscheinend ein französischer Staatsangehöriger, zum Opfer fiel.

Berlin, 17. Juli. Beim Verlassen des Theaters wurde der Vorleser der Arbeitgebervereinsung angegriffen und von mehreren Kugeln getroffen. Sein Zustand ist ernst. Die unbekannteren Angreifer sind entkommen.

Deutschland.

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Die SPD. und die USPD. des Bochumer Stadtparlaments haben in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Stadtratsfraktion und ihrer Parteivertrauensleute eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft gegründet. Zu allen Vorklagen des Magistrats soll die Arbeitsgemeinschaft gemeinsam Stellung nehmen. Gegebenen Falls soll Protestationsweg angewandt werden. Die Kommunisten gehören dieser Vereinigung noch nicht an, doch können Verhandlungen mit ihnen, um sie zum Beitritt zu bewegen. Die Anregung zur Arbeitsgemeinschaft ging von der USPD. aus.

Ein neuer Kommunismusprozess beginnt am 25. Juli in Frankfurt a. M. gegen Angehörige der „Roten Armee“, die zu Beginn dieses Jahres im Ruhrgebiet aufgedeckt wurde. Das Verfahren findet vor dem außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I statt, das zu diesem Zweck von Berlin nach Frankfurt a. M. überföhrt.

Zwölf Angeklagte haben sich wegen Bildung von verbotenen Verbänden militärischer Art zu verantworten. Kommunisten mitglied — die Rechtsjuristen haben sich niemals wegen Bildung von verbotenen Verbänden militärischer Art zu verantworten.

Ein Skandal ist es, daß der Prozess noch vor dem bereits aufgeschobenen (1) Sondergericht stattfindet, wodurch den Angeklagten eine Reihe der wichtigsten Rechtsgarantien geraubt wird. Offiziell wird mitgeteilt, daß die Sondergerichte auch nach ihrer Aufhebung die bereits bei ihnen anhängigen Fälle noch erledigen. Dann war also die Aufschubverfügung eine bloße Vorspielung. Wen wundert unter Herrn Schäfer!

Aus der Partei.

Schmutzpläne.

Durch die Zentrumspresse, aber auch durch die übrige Rechtspresse geht eine Notiz, daß unsere Genossen Velle Stieg im Bade Widdingen ein bequemes Leben führe. Allen Genossen ist bekannt, daß Genosse Stieg schwer krank ist und seit dem 10. Juni auf Anordnung des Rates eine Kur machen muß. Vor Antritt dieser Kur mußte unsere Genossen bereits mehrere Wochen das Bett hüten. Von kleinen Unterschieden zwischen dem Kuraufenthalt, einer Krankheit und dem Schlemmerleben, das die Schieber in ihren Sommerfröhen führen, will die Schmutzpresse der Rechten nicht erkennen.

Von Nah und Fern.

Abwurf eines deutschen Fliegers.

Rotterdam, 18. Juli. Bei Vlissingen ist ein deutscher Flugzeug abgestürzt. Der Führer des Flugzeuges, ein Deutscher, ist tot.

Ein deutscher Dampfer gelunden.

Kopenhagen, 18. Juli. Sächlich Gotland in der Ostsee wurde der deutsche Dampfer Heinrich Beckmann in finlenbem Zustande aufgefunden. Der schwedische Schooner Västnad kam ihm zu Hilfe und landete die aus 11 Mann bestehende Besatzung in Schweden.

Waldbrand in Schlesien.

Bunzlau, 16. Juli. Ein großer Brand vernichtete gestern 400 Morgen schlagbaren Waldes. Heute morgen tobte der Brand neuerdings auf und nimmt eine gewaltige Ausdehnung an. Bisher konnte er noch nicht gelöscht werden.

Explosionsunglück bei der Besatzungsarmee.

Mainz, 16. Juli. Bei der Fester des französischen Nationalfesten am 14. Juli durch die französischen Besatzungstruppen fiel beim Abfeuern von Raketen eine abgeschossene Rakete auf das zur französischen Rheinfrontlinie gehörende Schiff Rheinfein und verursachte eine Explosion von etwa 200 dort lagernden Raketen. Dabei wurden laut Echo du Rhin zehn französische Soldaten sowie ein Offizier schwer verwundet. Auf dem Schiff brach Feuer aus, das indessen bald gelöscht werden konnte.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.
Verantwortlich für den Insatentent:
Friedrich Weller, Borsdorf-Beitzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Nordbezirk. Dienstag, abends 1/8 Uhr, Funktionärssitzung im Aldauauschank.

Deutscher Leipziger-Gewerlich. Dienstag, den 19. Juli, abends 1/8 Uhr, in der Bibliothek Funktionärssitzung. Das ausgegebene Material an die Zeitungs- und Mitgliederekommission muß mitgebracht werden. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Genossen zur Pflicht zu erscheinen.

Deutscher. Dienstag, abends 1/8 Uhr, Frauenabend im Vater Jahn. Vortrag der Genossin Platte. Der erste Ferienausflug findet morgen nach dem Bientz statt. Stellen 1/8 Uhr auf dem Schulhof.

Deutscher-Gewerlich. Funktionärssitzung heute Montag, abends 7 Uhr (vor der Versammlung), im Bürgergarten.

Unterbezirk Osten II (Kauha u. Umgebung). Morgen Dienstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Bezirksfunktionärssitzung im Goldenen Löwen. Der Vertrauensmann.

Gruppe III, Bekleidungsindustrie, heute abend 7 Uhr Volkversammlung im Volkshaus, Café Mitte.

Gruppe X, Leder-Industrie, Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr, Volkversammlung im Volkshaus, Café links. Vortrag: Die neue Schlichtungsordnung. Aussprache hierzu. Die Gruppenratsmitglieder treffen sich bereits um 6 Uhr im selben Lokal. Gewerkschaftsleiter.

Die kapitalistische Schutzgarde.

Die Vertreter der 6 Eiben Sachsens tagten am Sonntag in Leipzig. Die 2. N. N. widmen dieser Zusammenkunft in der Montagausgabe auf der ersten Seite zwei halbe Spalten. Der Kapitalismus hat starkes Interesse, die Bewegung zu fördern. Es sind denn auch bürgerliche Parteien, Bürgerausschuss und bürgerliche Presse in der Sitzung vertreten gewesen. In einer Entschliessung, die angenommen worden ist, werden die sächsischen Arbeiter, Angestellten, Handwerker, Beamten aufgerufen, sich von den Organisationen des Klassenkampfes und Klassenkampfes abzumelden, weil diese durch ihre wirtschaftlichen und internationalen Zersplitterung das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft nur ins Unglück und in die völlige Sklaverei geführt hätten.

Also nicht der Krieg, nicht die Annerxionspolitik, nicht das Durchhalten, nicht die kapitalistische Wucherpolitik sind Schuld an dem Elend, das die Arbeiterklasse jetzt heimlich, sondern das haben — nach Ansicht der Gelben — die sozialistischen Arbeiterorganisationen, die freien Gewerkschaften verschuldet.

Und in einer Zeit, in der die Gegensätze sich verschärfen, in der das gesamte Bürgertum einzig ist in dem Bestreben, alle Kosten des verlorenen Krieges auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu wälzen, kommt eine Gemeinschaft und bläst zum „Wirtschaftsleben“.

Der Kapitalismus hat alle Ursache, dieser Bewegung freundlich gegenüberzustehen. Sie ist seine Schutzgarde, sie macht für seine Schandtat die diejenigen verantwortlich, die ihn bekämpfen.

Daher auch das warme Interesse der Herren Dr. Wunderlich, Gröber, Böner, Dr. Mittke für diese Gesellschaft. Und deshalb feiern auch die 2. N. N. den Eifer und die Ueberzeugungstreue „ihrer“ Mitglieder. Daher auch die Hoffnung dieses Kapitalistenblattes, daß das Häuflein wachsen werde, und daß es seiner Werbearbeit gelangen möge, recht viele Arbeitsgenossen vom Irrwahn des Marxismus und Internationalismus loszureißen und sie zur nationalen Arbeitsgemeinschaft zu bekehren.

Wir sind überzeugt, daß die Gelben ein Häuflein bleiben werden. Aber bezeichnend ist die Tagung für unsere Kapitalisten, die alle Hebel in Bewegung setzen, um die Arbeiterklasse völlig zu unterjochen. Ein Mittel dazu wäre diese sogenannte Arbeitsgemeinschaft. Den Arbeitern und Angestellten, die den freien Gewerkschaften und unserer Partei noch fernstehen, sollte das eine Warnung sein, sofort den Anstich an die Klassenbewusste Arbeiterbewegung zu suchen, und ferner das Blatt der Gelben die 2. N. N. aus den Wohnungen zu entfernen. Welcher gewerkschaftlich organisierte Arbeiter kann es verantworten, für dieses Organ noch länger Geld auszugeben, das zu seinen ärgsten Gegnern und Verrätern fließt?

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Da Drubb verhaftet wurde, kam Peter in ein Waisenheim; auch hier gab es einen „Alten“, und die gleiche harte Lektion der Unterdrückung mußte gelernt werden. Peter entfloß dem Waisenheim, und nun kam er zu Pericles Priam und dessen prächtigem, schmerzbringendem Mittel, und auch hier studierte Peter die Launen seines Herrn und diente dessen Interessen. Als Pericles eine reiche Witwe heiratete und Peter forscht, gelangte er in den Tempel des Jimjumbo. Dort war der „Alte“ Tuschbar Atrogas, der Major domus, gewesen, furchtbar in seinem Zorn, doch ein großmütiger Geber, wenn man es verstand, seiner Etikette zu haken, seine Schwächen auszunutzen, ihm den Weg seiner Rüste zu ebnen. Alle Jahre seines Lebens hatte Peter die Antelente beugen müssen, bis ihm dies zum Instinkt geworden war — einem Instinkt, der zurückging weit bis hinter die zwanzigtausend Jahre seines bewußten Lebens, zurückging zwanzigtausend Jahre, vielleicht sogar zehnmal zwanzigtausend Jahre, bis zu einer Zeit, da Peter an einer Höhlenöffnung einen Stein speer geschmiedet und Markknochen für einen „Alten“ der Sippe zerhackt und gefressen hatte, wie aufrührerische junge Männer dem lächelnden Tiger zur Beute hingeworfen worden waren.

IX.

Peter entdeckte, daß er im Spital etwas wie eine Persönlichkeit sei. Er war „Zeugenstar“ im sensationellen Fall Goober, über den die ganze Stadt, ja das ganze Land sprach. Es war bekannt, daß er „Staatszeuge“ geworden, was er jedoch wußte, wieviel er verraten habe, war ein dunkles Geheimnis, und Peter „hielt das Maul“, hielt es gewichtig drein und freute sich seiner Bedeutungslosigkeit. Doch lag kein Grund vor, weshalb er nicht den Reden der andern lauschte, kein Grund, weshalb er sich nicht über den ganzen Fall informieren sollte, auf daß er künftighin für sich selbst sorgen könne. Er hörte an, was der „Alte“ Doobman zu sagen hatte, was San Christian, der schwedische Offizier, dazu meinte, und was

Ermäßigung der Fahrpreise ab 1. September 1921 für Monatskarten und Wochenkarten.

Zur Erleichterung für diejenigen Reisenden, die die Eisenbahn täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort benutzen müssen und daher von der am 1. Juni 1921 eingetretenen Fahrpreiserhöhung besonders betroffen werden, wird am 1. September d. J. ein Notstandstarif für Zeitkarten eingeführt. Durch diesen Tarif, der bis auf weiteres für die Dauer der ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes gelten soll, werden ab 1. September 1921 die 1. und 2. Klasse für die Monatskarten und Schülermonatskarten um durchschnittlich 20 Prozent und für die Wochenkarten um etwa 40 Prozent herabgesetzt; als Mindestfahr für eine Zeitkarte wird der Fahrpreis für 6 Kilometer — jezt 7 — berechnet. Belpreis auf eine Entfernung von 23 Kilometer ist zu zahlen:

Table with 2 columns: für eine Monatskarte, für Wochenkarte. Rows show 2. Kl., 3. Kl., 4. Kl. and 1. Klasse, 2. Klasse, 3. Klasse with corresponding prices.

An den sonstigen Bestimmungen über Ausgabe der Zeitkarten ändert sich nichts.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Die Beratung des Haushaltsplanes wurde beendet. Dieser wird nunmehr gedruckt und den Stadtverordneten zugehen, so daß sie nach Beendigung ihrer Ferien mit der Beratung in ihrem Kollegium beginnen können.

Reichsschulgesetz. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen der Stadtverordneten in der Sitzung vom 18. d. M. über den Entwurf zum Reichsschulgesetz, die die Anschauungen der verschiedenen politischen Parteien über den Entwurf widerspiegeln, den zuständigen Reichs- und Landesstellen zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Städtische Baugesellschaft. Den von den Stadtverordneten gestellten Anträgen zu der Umwandlung der Gesellschaft in eine „Städtische Wohnungsbau“ in die „Städtische Baugesellschaft m. b. H.“ wurde beigetreten.

Städtischer Grobmarkt. Weiter wurde beschlossen, die von den Stadtverordneten an den Rat zur Kenntnisnahme abgegebene Eingabe wegen Auflösung des Städtischen Grobmarktes auf sich beruhen zu lassen.

Das Naturkundliche Heimatmuseum. Genehmigt wurde die widerrufliche Ueberlassung von Räumen des Schulgebäudes Lohndammstraße 8 an das Naturkundliche Heimatmuseum und das Schulmuseum unter Bewilligung eines Berechnungsbetrages von 3000 Mk. zur Deckung der Ueberlassungskosten. Von dem Widerruf wird Gebrauch gemacht werden, wenn die Räume für Schulzwecke wieder gebraucht werden, da an den Bau neuer Schulhäuser auf Jahre hinaus nicht zu denken ist.

20 000 Mark bei der Straßenbahn unterschlagen. Das Polizeiamt meldet: Am die in der Stadt verbreiteten Gerüchte, nach denen die Kasse der Leipziger Straßenbahn um 18 000 Mk. — nach einem andern Gerücht um 1/2 Million, sogar 1/4 Million — betrogen worden sein soll, zu klären, sei hierdurch der wahre Sachverhalt mitgeteilt: Ein Lohnbuchhalter hatte es verstanden, sich durch Fälschungen in den Lohnlisten gelegentlich der Abholung der Gesamtbeträge der für die einzelnen Depots bestimmten Geldsummen in Höhe von 20 000 Mk. zu verschleiern. Nach dem Durchsehen der Rechnungen wurde der Staatsanwaltshaft zugeführt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Leipzig). Heute Montag, 7 Uhr, Ausschusssitzung im Volkshaus.

Eine Störung im Straßenbahnverkehr in der inneren Stadt trat gestern nachmittag ein. Die Stromzufuhr versagte, und so mußte der Betrieb gegen 1/2 Stunde ruhen. Und das traf gerade in eine Zeit, in der diese Familien sich zu einem Ausflug rüsteten.

Ausbeutung der Notlage Arbeitloser. Ein junger Hilfsarbeiter aus der Metallindustrie, der seit längerer Zeit arbeitslos ist, wurde vom hiesigen Arbeitsnachweis nach Ostpreußen in einen landwirtschaftlichen Betrieb geschickt. Wie er jetzt schreibt, wird dort täglich von 4 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, mitunter auch bis 10 Uhr gearbeitet. Lohn 150 Mk. monatlich bei freier Station. Das ist eine unerhörte Ausbeutung. Derselben Artzelle, die sich für ihre Produkte zwanzig bis dreißigfach höhere Preise bezahlen lassen, speisen ihre Arbeiter mit solch erbärmlichen Löhnen ab.

Die Patentgebühren werden erhöht, bei Patenten auf je 100 Mk. für die Anmeldung und die beiden ersten Patentjahre, steigend bis zu 1400 Mk. im 15. Jahre; bei Gebrauchsmustern für die Anmeldung 60 Mk., für die Verlängerung der Schutzfrist 300 Mk.; bei Warenzeichen für die Anmeldung 200 Mk., für ein Verbandszeichen 1000 Mk., für dessen Erneuerung 200 Mk. usw. Den Angehörigen eines ausländischen Staates können für gewerbliche Schutzrechte Vergünstigungen gewährt werden, wenn und soweit erforderlich, um den Reichsangehörigen gleichartige Vergünstigungen im Ausland zu verschaffen.

Zirkus Sarrafani. Auf dem Mehlplatz herrscht wieder allabendlich lebhaftes Treiben. Es gibt dort eine Fülle künstlerischer und artistischer Künste zu sehen. Ein kleines Unternehmen steht schon seit Wochen da. Es ist dem Großunternehmer nicht gewichen, so daß die Leipziger jezt zwei Schaustellungen nebeneinander aufsuchen und bewundern können. Zirkus Sarrafani ist zum neuntenmal nach Leipzig gekommen. Wie er ankündigt, will er jezt auch den selten Zirkusbau aufzuführen lassen, den er zum Winter zu beziehen gedenkt. Jezt gibt er ein Gastspiel in seinem großen Zelt. An der Spitze der Darbietungen steht die unvergleichliche Elefantendresseur des Direktors, die in diesem Umfang und in dieser Fertigkeit wohl jezt nicht nachgeahmt werden dürfte. Der Zirkus erregt auch wiederum Aufsehen durch sein reichhaltiges und prächtiges Pferdmaterial. Die Pferdebesitzer und Reiterpreise aller Art (Sportquadrille, geritten von vier Herren auf zwölf Pferden, die neue Freiheitsdresseur des Herrn Escherger mit seinen Halbmondrappen, das humorvolle Turnier der Kunstreiter) sind eigenartige und verwegene Schaustücke. Herr Georg Burckhardt-Hooff ist ein erstklassiger Schauspieler. Wirkliche Kunst auf dem Gebiet des Gesanges und Tanzes entfaltet ein russisches Ensemble in dem Tschereffen- und Puzta-Potpouri. Ebenso werden dem Auge Bilder aus dem Volks- und Zigeunerleben geboten. Der Japaner Sawada ist ein hervorragender Artist auf dem Gebiet der Balance. Erstaunlich ist sein freier Kopfstand auf der schwebenden Stange. Herr Fusch führt eine köhne Radfahrertruppe aus. Er springt, von oben herunterlaufend, mit dem Rad über acht Pferde. Sein Akt erinnert an die einstige Schleißenfahrt. Marini-Scena ist ein Entfesselungskünstler, der überaus gut. Er läßt sich in eine ferbische Zwangsjacke schnüren und noch mit Ketten seuffen. In wenigen Minuten befreit er sich. Ebenso kreist er, in der Luft hängend, Handfelle und Fesseln ab. Zwei Koper muskulären auf allerlei festlanten Instrumenten. Ein wackelhafes Schauspiel „Zwischen Himmel und Erde“ zeigen drei Artisten auf Leitern hoch in der Luft. Die Urman-Truppe kann erst nach einigen Tagen auftreten, da ihr Apparat auf der Reise Schaden erlitten hat. Zu erwähnen sind noch die Spahmacher, die durch ihre Drastik große Heiterkeit erregen. Die Taximeterfahrt mit Hindernissen ist wirklich humorvoll; auch zeichnet sie sich durch die Mitwirkung eines dazu abgerichteten Pferdes aus. Kurz und gut: Sarrafani hat Wort gehalten. Er bietet den Leipziguern tatsächlich ein neues und erstklassiges Zirkusprogramm.

Am Mittwochnachmittag beginnt die Vorstellung um 3 Uhr. Zur Bequemlichkeit des Publikums ist, wie uns mitgeteilt wird, auch in Lindenau eine Vorverkaufsstelle eingerichtet, und zwar im Hagenhause Herrn. Weiße, am Markt 10 a.

Eingelieferte Nachnahmeseudungen werden von der Post jezt nicht mehr zurückgenommen, noch auch der bezahlte Betrag zurückgegeben. Zu dieser neuen Anordnung haben gerichtliche Entscheidungen den Anlaß gegeben, durch die die Post angehalten worden ist, eingezogene Nachnahmebeträge unter allen Umständen an den Aufseher der Sendung abzugeben. In einem Falle hatte die Post aus Gefälligkeit 15—20 Minuten nach der Aushändigung der Sendung diese zurückgenommen und dem Absender zurückgeschickt. Dieser lehnte die Zurücknahme der Sendung ab und verklagte die Post auf Zahlung des Nachnahmebetrages mit Erfolg. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Absender mit der Einlösung gegen die Post einen Anspruch auf den Betrag nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs §§ 687 und 675 erhalte. Der Absender habe auch ein Recht darauf, daß dem Empfänger nur zwei Möglichkeiten gewährt werden, die Sendung einzulösen oder den Empfang abzulehnen.

Das Alkoholverbot in Amerika. Wir werden ersucht, nachstehende Entschliessung zum Abdruck zu bringen: Nachdem die am 16. Juli 1921 im Städtischen Kaufhaus zu Leipzig abgehaltene Versammlung durch den Vortrag des Herrn Oberstudienrat Prof. Dr. W. Hartmann über das Alkoholverbot U. S. Amerikas einen Einblick in die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und überhaupt kulturellen Fortschritte gewonnen hat, die dieser Staat seiner Alkoholgegebung verdankt, spricht sie die Erwartung aus, daß die Organe unserer politischen Presse, die bisher mit wenigen Ausnahmen dem deutschen Volke nur ein einseitiges, im Sinne der Alkoholinteressenten tendenziös gefärbtes Bild von amerikanischen Verbote gezeichnet haben, es in Zukunft eine wichtige Aufgabe erkennen werden, in streng objektiver Weise über die Alkoholgegebung U. S. Amerikas und ihre Wirkung zu berichten.

Diese Warnung ist vor allem an die bürgerlich-kapitalistische Presse gerichtet, die in Deutschland die Interessen der Schnapsbränner vertritt.

Gestohlen wurde am Sonnabend, nachmittags 1/4 Uhr, am Kanal in der Nähe des Mehlplatzes ein Handwagen, den eine arme Arbeiterwitwe sich geliehen hatte, um die Betten an den Kanal zu fahren. Die Frau ist dadurch in schwere Bedrängnis geraten. Der Wagen ist von rohem Holz, das Brett innen ist lacker und an den Rädern sind Nägel eingeschlagen. Wer Angaben machen kann, wende sich an die Volkshauswache in der Waldstraße.

Verlust bei der Freibank. Dienstag, Freibank I, Nr. 6076 bis 9975; Freibank II, Nr. 3181 bis 5210 und Nr. 1 bis 370.

Gerald Leske, des Kohlentuffels, Anstehen waren. Alle diese Leute und auch noch andere Insassen des Spitals hatten draußen Freunde, die etwas „Genaues“ wußten. Die einen berichteten das eine, die andern das gerade Gegenteil; Peter verglich, verband die Reden, benahnte seinen scharfen Verstand und glaubte bald, nun wisse er die Wahrheit über den Fall. Jim Goober war ein bekannter Arbeiterführer. Er hatte die Angestellten des Eisenbahntruffs organisiert, hatte einen gewaltigen Streik proklamiert und durchgeführt. Er hatte auch Bauarbeiterstreiks organisiert; etliche Leute behaupteten, er habe an halbfertigen Gebäuden Dynamit ausprobiert; dies hielten sie für einen gelungenen Witz. Jedenfalls wollten die Geschäftsleute der Stadt ihn irgendwo unterbringen, wo er sie nicht mehr belästigen konnte, und da ein unbekannter Wahnwandler die Bombe gegen den Kriegsbereitstellungs-Umsatz geworfen hatte, glaubten die Großen der Stadt, nun sei die günstige Gelegenheit gekommen. Guffey, der Mann, der sich mit Peter abgeben hatte, war das Haupt des Geheimdienstes des Eisenbahntruffs, und die Großen hatten ihm die ganze Angelegenheit übergeben. Sie verlangten, daß etwas geschehe, trauten der unsicheren, bestochlichen Stadtpolizei nicht. Goober befand sich mit seiner Frau und drei Freunden im Gefängnis, und die Zeitungen der Stadt betrieben eifrig Propaganda, um das Publikum auf die Hinrichtung aller fünf vorzubereiten.

Als dies war natürlich ganz in Ordnung: Jim Goober war bloß ein Name für Peter, weil weniger wichtig, als eine einzige von Peters Mahnungen. Peter begriff Guffeys Vorhaben, nahm ihm bloß übel, daß er ihm nicht gleich die Geschichte erzählt und ihm so die Schmerzen erspart habe. Wahrscheinlich aber, dachte Peter, wollte Guffey ihm eine Lektion geben, um sich seiner zu vergewissern. Peter hatte die Lektion gelernt, nun galt es, Guffey und Doobman dies zu beweisen.

„Halter Sie das Maul“, hatte Guffey gesagt, und Peter sprach kein Wort über den Fall Goober. Aber er redete selbstverständlich über andre Dinge. Man konnte doch nicht den ganzen Tag über stumm wie eine Mühle umhergehen; außerdem gehörte

es zu Peters Schwächen, daß er gerne von seinen Leistungen sprach, von den geschickten Kniffen, vermittels welcher er den letzten „Alten“ überlistet hatte. So kam es, daß er Gerald Leske, dem Kohlentuffel, die Geschichte von Pericles Priam erzählte; berichtete, wie er geholfen habe, dem Publikum viele tausend Dollars zu entlocken, und wie er und Pericles zweimal wegen Betrugs verhaftet worden waren. Auch sprach er vom Tempel des Jimjumbo und von den seltsamen und ungläublichen Dingen, die sich dort zugetragen hatten. Wajstian el Kalandra, der sich den Hauptmagister des egyptischen Exotismus nannte, behauptete seinen Anhängern gegenüber, achtzig Jahre zu zählen, tatsächlich aber war er noch unter vierzig. Er gab sich als persischer Prinz aus, doch war er in einer kleinen Stadt Indianas geboren und hatte seine Laufbahn als Ausläufer in einem Kolonialwarengeschäft begonnen. Es wurde erzählt, er lebe bloß von einer Hand voll Früchte, aber Peter mußte jeden Tag helfen, ein großes Beefsteak oder ein gebratenes Huhn zuzubereiten. Dies seien Opfer speisen, erklärte der Prophet seinen Jüngern; Peter erhielt die Ueberreste der Opferspeisen und verschlang sie andächtig hinter der Tür des Dienerrimmers. Dies war ein Teil seiner Privatbestechung gewesen, die ihm gewährt ward, weil er vor dem Propheten die Diebstähle des Major domus Tuschbar Atrogas verheimlichte.

Dieser Tempel des Jimjumbo war ein wunderbarer Ort gewesen, es gab dort mystische Riten, von sieben Schleieren verhüllt hinter denen der Prophet erschien, in ein langes, weißes, mit Gold und Purpur besetztes Gewand gekleidet, rosa gestickte Pantoffel an den Füßen und mit einem himmlischen Hauptkorn. Seine Worte und religiösen Riten wurden von Hunderten von Leuten besucht; hauptsächlich von reichen Damen der Gesellschaft, die in ihren Automobilen zum Tempel gefahren kamen. Zum Tempel hatte auch eine Schule gehört, in der Kinder in die Geheimnisse des Kultus eingeweiht wurden. Der Prophet führte diese Kinder aus in seine Privatgemächer und schreckliche Gerichte entstand — die schließlich dazu führten, daß die Polizei auf den Tempel domus und auch Peter Gudge, Küchenjunge und Bäckersbäcker,

Aus der Umgebung.

Baunsdorf. Den hiesigen Kommunistenführern ist jedes Mittel recht, das geeignet ist, unsere Partei und unsere Genossen in den Schmutz zu ziehen. Eine ganz hervorragende Rolle spielt hierbei der „Gemeinnutz“ Spott. An Gehässigkeit, Demagogie und Schandenschilderung ist er nicht zu überbieten, davon weiß die Baunsdorfer Einwohnerschaft zu erzählen; selber mangelt es ihm aber an „reißiger“ Befähigung ganz bedenklich. Doch der „Klassenbewußte“ weiß sich zu helfen. Langt sein Geist nicht zu, dann muß ihn ein anderer liefern. Da er nun offensichtlich unter seinem Ansehen keinen Einbuße, der ihm geistig unter die Arme greift, so wendet er sich an unsere Feinde von rechts. Der Vorstehende des Bürgervereins in Baunsdorf, Herr Steinweg, ist der Auslöser, der Herrn Spott die Instruktionen zu seinem Giftspray gegen die U.S.P. liefert. Ob sich die Arbeiterschaft von Baunsdorf des Tuns dieses Mannes noch länger schämen lassen wird, ist fraglich, besonders wenn man sich erinnert, daß Herr Spott, als er noch mit den äußerlichen Würden eines königlich sächsischen Feldwebels betraut, alle Parteigenossen in öffentlichen Lokalen „Stamm“ stehen ließ.

Wiederlich. Der Ortsverein veranstaltet wie alljährlich auch in diesem Jahre wieder einen Ferienausflug für Kinder. Derselbe findet Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 2 Uhr, nach dem Gasthof Lindenhal statt. Die Kinder und erwachsenen Teilnehmer verabschieden sich am Restaurant zum Nordpol. Für jedes teilnehmende Kind wird ein Beitrag von 2 Mk. erhoben. Dafür wird ein Würstchen mit Semmel gewährt und Getränke. Außerdem werden Spiele arrangiert und heitere Aufführungen auf freier Bühne geboten. Der Sampsonzug auf dem Nachhauseweg wird mit voller Musik von der Feuerwehr begleitet. Kinder, die im Besitze von Laternen sind, werden gebeten, diese mitzubringen. Im übrigen sind solche bei der Leitung des Ausfluges gegen Entgelt zu haben. Deswegen können Lichter entnommen werden.

Deusch. Das Ortskartell veranstaltet auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl Ferienausflüge. Der erste Ausflug findet bereits morgen, Dienstag, den 19. Juli, nach dem Steinig statt. Stellen zu allen Ausflügen früh 9 1/2 Uhr, auf dem Schulhof. Trintgefäße sind mitzubringen. Genossen und Genossinnen! schickt eure Kinder zu diesen Veranstaltungen, und beteiligt euch, wenn möglich, selbst mit daran! Gleichzeitig wird an dieser Stelle auf das nächste Sonntag, den 24. Juli, auf dem hiesigen Sportplatz, hinter der Burgau gelegen, stattfindende Volks- und Kinderfest, hingewiesen. Karten für Kinder und Erwachsene sind bei der Verkaufsstelle zu entnehmen. Jugend und Arbeitlose zahlen an der Kasse die Hälfte, letztere gegen Vorzeigen ihrer Legitimation. Das Ortskartell.

Deusch. Bei hiesiger Gemeinde-Großsitzung wurden im Monat Juni Einnahmen bewirkt in Höhe von 3 436 668,65 Mk., davon bargeldlos 2 260 707,60 Mk. Ausgegeben wurden 3 851 266,89 Mk., davon bargeldlos 2 711 330,47 Mk. Der Gesamtumsatz betrug 7 287 935,54 Mk.

o-n, Gaußh. Aus dem Gemeinderat. Der vorläufige Bericht der Verwaltung liegt vor und wird in seinen hauptsächlichsten Kapiteln kurz erläutert. Da der Bericht ein umfassendes Bild der Gemeindepolitik während der Jahre 1920/21 gibt, beantragt untre Fraktion die Drucklegung des Verwaltungsberichts und Verteilung desselben an alle Haushaltungen, um der Einwohnerschaft ein Spiegelbild der Tätigkeit des Gemeinderates zu geben. Dieser Antrag wird angenommen und die Mitglieder Jensen und Leube als Redaktionskommission zur Überarbeitung des umfangreichen Materials gewählt. Das Projekt einer Sportplatzanlage liegt vor, die Ausführung würde etwa 250 000 Mk. kosten, auch die Geländefrage muß erst noch Klärung erfahren, jedenfalls wird aber die Angelegenheit weiter verfolgt werden, um den Wünschen der Turner und Sportler gerecht zu werden. Die Verlesung der Sparliste gegen Einbruchdiebstahl soll entsprechend erhöht werden. Die Antisager im sogenannten Bauvereinsoberfeld erhalten um Fristverlängerung zur Pflasterung der Hauptwege mit Klempfaster. Beschlossen wird, vorbehaltlich der weiteren guten Aushaltung der Wege, die Frist auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Das Warrlein erucht um Erhöhung des Pachtzinses auf 120 Mk. pro Acker des von der Gemeinde erpachteten Areals. Da dieser Preis als Mindestsatz vom Pachtungsamt der Amtshauptmannschaft angesehen wird, erfolgt Zustimmung. Ebenso erfolgt aus Zweckmäßigkeitsgründen die Festsetzung der von der Gemeinde aufgenommenen Darlehen (Warrleingelder) auf 4 1/2 Prozent. In den Verhandlungen des Zweigverbandes Deusch-Marktleiberg-Gaußh-Großsitzung werden gewählt die Gemeinderatsmitglieder Jensen, Winkler und Leube.

o-n, Gaußh. Schulvorstandssitzung. Herr Lehrer Franke ist wegen Wegzug aus dem Schulvorstand ausgeschieden, Herr Lehrer Garsch ist an seine Stelle getreten. Mit dem 1. Oktober wird Herr Lehrer Rascher seine Stellung antreten. Die Herren Angewandten und Stimpel haben ihre Kündigung eingereicht. Die Verhandlungen im Lehrkörper sind teilweise auf familiäre Verhältnisse und auf Übernahme anderer Lehrstellen (Mittelschulbildungsschule usw.) zurückzuführen. Die Bezirkschulinspektion hat eine Erklärung dahingehend abgegeben, daß den Eltern die Einsichtnahme in die Willensveränderungen der Eltern über Teilnahme oder Nichtteilnahme der Kinder am Unterricht nicht statthaft ist.

Es bestrafte Peter. Gerald Leslie seine Abenteuer aus der „Apollonischen Kirche“ zu erzählen, in deren Archangelskirche er zufällig geraten war, als er nach einer Beschäftigung suchte. Peter hatte sich der Kirche angeschlossen, hatte die Kunst: „in Jungen zu reden“ erlernt, verstand gar bald, in verkampfter Berührung über die himmlische Gloria von seinem Stuhl zu fallen. Es gelang ihm, das Vertrauen des hochwürdigen Gamalet zum zu erwerben, der ihn im Geheimen dazu verwendete, Propaganda für eine Gehaltserhöhung zu treiben. Doch erfuhr Peter gewisse Dinge, die ihn veranlassen, zu der Partei des Schusters Smith überzugehen, der der Gemeinde einzureden versuchte, er vermöge kampfsüchtiger und stärker zu „rollen“, als der hochwürdige Gamalet. Peter hatte seinen Posten erst wenige Tage innegehabt, als man ihn hinauswarf wegen eines Pfannkuchens, den er gestohlen hatte. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Das Gesamtspiel des Wiener Burgtheaters, das heute, den 18. Juli, im Neuen Theater (168. Vorst., 3. Folge, weiß) beginnt, ist das erste, das diese altberühmte Bühne in Leipzig gibt.

Es dürfte ein besonderes Interesse erwecken, daß Auguste Wilbrandt-Baudius, das älteste und ein berühmtes Mitglied des Wiener Burgtheaters, die bei dem Leipziger Gastspiel eine hervorragende Rolle spielt, eine geborene Leipzigerin ist. Sie heiratete in ihrer Vaterstadt am 19. November 1859, festlich feierte die Bühne des Alten Theaters in Romeo und Julia. Der Theaterzettel meldet: „Julia — Fräulein Baudius, als erster theatralischer Verlobter.“ Bereits 1865 gastierte die junge Künstlerin als Mitglied des Wiener Burgtheaters in Leipzig in der Rolle des Märchens im Camont. Sie hat während dieser ganzen Zeit dem Wiener Burgtheater angehört und ist heute, nach Baumeister-Tode, wohl die einzige lebende Vertreterin einer ganzen großen Epoche deutscher Theatergeschichte.

Im Kunstgewerbemuseum, das bekanntlich im Grassi-Museum untergebracht ist, findet zur Zeit eine interessante und wertvolle Ausstellung antiker Kunst statt. Die eigene Sammlung des Museums ist durch Stücke aus dem Lindenau-Museum zu Altenburg und aus Privatbesitz so vervollständigt, daß ein ungefähres Überblick über die Hauptentwicklungslinien der

gionsunterricht nicht statthaft ist. Dieses Altkennmaterial stehe nur den herrenlosen Körperschaften (Schulleitung, Schulvorstand) zur Verfügung. Die im Zweigverband mit Deusch-Marktleiberg usw. geschaffene Mädchenfortbildungsschule hat ihren Unterrichtsbetrieb aufgenommen. Die Interkommunale fällt in die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. An sämtlichen Wochentagen findet Unterricht statt. Während der Ferien werden im Schulgebäude verschiedene bauliche Veränderungen und Erneuerungen vorgenommen. Ein Antrag der Lehrerschaft wünscht Anschaffung eines Zweigverbandes zum Ausbau der Knabenfortbildungsschule mit benachbarten Gemeinden; dem schon bestehenden Verband soll der Antrag übermittelt werden.

Sächsische Angelegenheiten.

Militärischer Geist in der Landespolizei.

Dah der militärische Geist auch in der Landespolizei spukt und dem militärischen Drill dort Reverenz erwiesen wird, konnte wiederholt festgestellt und beobachtet werden. Die Offiziere aus der wilhelminischen Zeit, die Aufnahme in der Landespolizei gefunden haben, glauben immer noch, ihren alten militärischen Gepflogenheiten in ihrer neuen Stellung fröhnen zu können. So wird uns berichtet, daß bei der Abteilung Riesa der Landespolizei militärische Übungen angestellt und auch sonst dem alten militärischen Drum und Dran noch gehuldigt wird. Man schreibt uns darüber:

„Der Führer der Abteilung Riesa, Major Schöbe, der so mit Entzückung den Gedanken, daß er ein Reaktionsär sei könnte, in einer Besprechung von sich wies, scheint es ja besonders auf die militärische Ausbildung abgesehen zu haben, denn jeden Montag steht man eine Stunde lang mit Brotbeutel und Schanzzeug nach dem Truppenübungsplatz Reithahn wandern. Dort wird gelübt und gepöbt. Gegen wen? Antwort ist wohl überflüssig. Wir empfehlen den Herren noch, ein bißchen Parademarsch zu üben, denn unsonst bezahlt der Staat doch nicht die hohen Gehälter, die für die Herren Oberbeamten, die untere Beamtenchaft wird ja dafür desto schlechter bezahlt. Bei uns hier in Riesa geht es auch auf dem Kasernenhofe recht gemächlich zu; da haben schon alte Berufsbeamte, die aber höchstwahrscheinlich den hiesigen durch und durch reaktionären Offizieren zeigen wollen, daß sie sich noch immer wie die allerrüchigsten wilhelminischen Unteroffiziere verhalten können, den Kasernenhofhimmel bekommen. Da wird geschimpft, ja sogar gebrellt, wie früher bei der Rekrutenausbildung. Während die untere Beamtenchaft unter dem Druck leidet, führen die Offiziere ein ganz gemütliches Leben, genügen Reispferde und Autos ihren zur Verfügung; zu Mittag wird im Beamtenheim dinert, die anderen Beamten dürfen das gute schmackhafte Essen in der Mannschafstafel fassen.“

Ganz besonderes Interesse wird den Beamten entgegengebracht, welche im Verdacht stehen, Sozialdemokraten zu sein, da gibt es eine Vernehmung nach der anderen bis der Mann hinausgeschickt ist.“

Die militärische Tradition hat also bei der Landespolizeibehörde Riesa eine gute Pflegstätte gefunden, wozu sich die Reaktionsäre beglückwünschen werden. Dah sozialistisch und republikanisch gekannte Beamte solchen Bestrebungen hinderlich sind, kann man verstehen. Deshalb müssen sie hinausgeschickt werden. Es wäre angebracht, wenn die Regierung in Riesa einmal nach dem rechten sehen würde.

Der Kampf um Kassel.

Ins wird von einem Beamten geschrieben:

Das Schandblatt am Peterssteinweg bringt in seiner Nr. vom 16. d. M. an letzter Stelle wünschenswerte Ausstellungen über die Ernennung unseres Genossen Kassel zum Amtshauptmann und gibt in derselben Nummer einem Offizier Briefe einer reaktionären Geheimratskassette Raum, der sich gegen den derzeitigen Amtshauptmann Gen. Altmann in derselben Angelegenheit richtet. Der reaktionäre Briefschreiber läßt sich in seiner Berufskategorie sehr gekränkt und spricht dem neu ernannten Amtshauptmann Kassel die Vorbildung für die Ausführung dieses Postens ab. Der Briefschreiber geht indes soweit, daß durch den unabhängigen Amtshauptmann das „Staatsinteresse“ nicht gewahrt würde. Demgegenüber möchten wir dem Herrn Geheimrat ins Gewissen zurufen, daß es vorzugsweise das wilhelminische Deutschland mit samt seinen Bundesstaaten war, in dem das Polizeiwesen von verfassungsmäßigem Geheimratsleuten dirigiert wurde. Und heute noch blüht das reaktionäre Geheimratswesen in der „freiesten Republik der Welt“. Mit solchen Zuständen innerhalb der Verwaltung muß im Zeitalter der Revolution reiflos aufgeräumt werden. Das „Staatsinteresse“ der beiden, feuerjährenden Massen wird unzerstörbar erst dann voll und ganz gewahrt werden können, wenn das reaktionäre Verwaltungssystem reiflos beseitigt worden ist. Um so mehr ist es mit Dank zu begrüßen, daß sich die sächsische Regierung entschließt, bei Befehlzung von Verwaltungsämtern diejenigen Männer an die Spitze zu bringen, die die Interessen der breiten Volksschichten von ihrer eigenen sozialistischen Weltanschauung aus zu vertreten im Stande sind. Wir sind der festen Überzeugung, daß mit der Ernennung des Gen. Kassel zum Amtshauptmann für den Regierungsbezirk Leipzig-Land eine Persönlichkeit gewonnen worden ist, der diesen verantwortlichen Posten zum Wohle der Gesamtheit auf breiter demokratischer Grundlage erfüllen wird. M-x.

griechischen Keramik und der Kleinfabrik möglich ist. Einige Gefäße aus der vorzüglichsten Zeit der hellenischen Halbinsel geben einen Begriff von der schon ziemlich hochentwickelten Kultur der hellenischen Kleinwerkstätten, denen der Gebrauch der Drehscheibe schon bekannt war. Aus der griechischen Frühzeit etwa bis zum Jahre 700 v. Chr. sind einige schöne Gefäße vorhanden, die ein Beispiel für den jugendlichen geometrischen oder Dipylonstil bieten, der noch ohne die spätere Ausgestaltung der Formen und vorzugsweise Verwendung figurlicher Motive, streng abstrakter Linien und geometrische Gebilde bevorzugt und die Figuren, die allenfalls vorkommen, diesen Gebilden annähernd. In den folgenden Jahrhunderten wird dann die Töpferei und besonders die Kunst der Bemalung der Gefäße immer freier von diesen Gebundenheiten, und erreicht schließlich im 6. Jahrhundert einen so virtuosen Schwung, daß uns hohe Achtung vor dem einfachen Handwerker geboten ist, in deren Händen diese Kunst lag, und daß die griechischen Gefäße in die ganze damalige Welt exportiert wurden. Die Entwicklung ging vom sogenannten Schwarzfigurigen Stil aus, bei dem die Figuren in Schwarz auf den roten Tongrund gemalt sind, und führte über den rotfigurigen Stil, bei dem die Figuren aus dem schwarzen Firnis überlagert auspariert, schließlich zu einer freien Verwendung einiger bunter Farben, die aber selber der Zeit nicht genügend getrotzt haben. Für alle diese Stadien der Entwicklung sind charakteristische Beispiele vorhanden. Auch der Verfall der griechischen Vasenmalerei, der zu einer weiteren Durcharbeitung der Form der Gefäße führte, ist mit einigen guten Beispielen belegt.

Die Stille griechischer Kleinfabrik zeigen die entsprechenden stilistischen Wandlungen. Von der strengen Gebundenheit der archaischen Vasen löst sich hier der Weg zu einer immer freieren, beweglicheren Darstellung der menschlichen Gestalt auf Grund eines immer tiefergehenden Eingehens auf ihre natürlichen Formen. Schließlich beginnen in der hellenistischen Periode verfeinerte, flüchtiger, impressionistische Züge hervorzutreten und andererseits gewaltsame Steigerungen von Formen und Gesten aus einem gesteigerteren Ausdrucksbedürfnis zu erwachen. Die kleinen Terrakotten zeigen diese Entwicklung fast ungenügend. Eine kleine Anzahl Marmorarbeiten gibt schließlich einen Begriff von der griechischen Großplastik, die von der kleinen Kunst nachgeahmt wird. Die ganze Ausstellung ist trotz ihrer Kleinheit in gewissem Sinne durchaus vollständig, und deshalb ist ihr Besuch allen denen, die sich für Kunst- und Kunstgeschichte interessieren, und das sollte jeder tun, der nach Bildung strebt, sehr zu empfehlen. Pz.

Der Beamtenausfluß der Deutschen Volkspartei in Leipzig hat in einer Entschuldigungsmitteilung die Begründung, wie es durch Herrn Ministerdirektor Dr. Woelker geschehen ist, Einspruch gegen die Ernennung des Genossen Kassel erhoben. Interessant ist, daß in der Entschuldigungsmitteilung gesagt wird, daß die Beamtenchaft in der Politisierung der Beamten eine Gefährdung des Berufsbeamtentums sieht. In der Zugehörigkeit der Beamten zur Deutschen Volkspartei erblickt also der Beamtenausfluß keine Politisierung der Beamten, nur wenn Beamte einer sozialistischen Partei angehören, ist durch die Politisierung der Beamten das Berufsbeamtentum gefährdet. Eine eigenartige, aber verständliche Begründung.

Die Beihilfen für langfristige Erwerbslose.

Das Arbeitsministerium teilt mit, daß die Durchführung des Beschlusses des Reichstages vom 2. v. M. auf Gewährung besonderer Beihilfen für langfristige Erwerbslose und des ergangenen Erlasses des Reichsarbeitsministers in der Praxis auf Schwierigkeiten stößt. In zwei gestern unter Vorsitz des Ministers Feilisch abgehaltenen Besprechungen im Arbeitsministerium, an der Vertreter der Kreis- und Hauptmannschaft und der Großstädte einerseits und Vertreter der Gewerkschaften und der Erwerbslosen andererseits teilnahmen, ist einseitiges Einverständnis dahin erzielt worden, daß die sächsische Regierung zur Bewährung der Schwierigkeiten nochmals Vorstellungen in Berlin erhebt, so daß sich die Auszahlung der Beihilfen, womit alle Beteiligten einverstanden waren, noch um mindestens eine Woche verzögern wird.

Strafantrag gegen den Burgbürgermeister.

Wie die Chemnitzer Volksstimme erzählt, ist von der Staatsanwaltschaft gegen Bürgermeister Dr. Kott und Genossen Strafantrag eingeleitet worden. Es soll sich um Verfehlungen während des Krieges handeln.

Eine halbe Million Landeszuschuß für die Leipziger Messe.

Im sächsischen Haushaltsplan für 1921 soll die Summe von 500 000 Mk. als Landeszuschuß zu den Kosten der Leipziger Messe vorgesehen sein. Vom Reichamt war ein Antrag auf 1 Million Mark Zuschuß eingegangen.

Bauernrechtshelden.

Ein gemeiner Streich brachte den Gutsbesitzer Samuel Herrmann aus Schönbühl bei Sanda vor den Strafrichter. Er hat im Sommer 1920 von seinem Getreideablieferungssoll 67 Zentner Roggen, der vom Kommunalverband Freiberg beschlagnahmt und für verfallen erklärt worden war, in dem Augenblicke, als die Kontrollkommission auf seinem Hofe erschien, mit erheblichen Mengen Sand vermischt, um die Ablieferung des Roggens zu verhindern. Außerdem hat er 3,83 Zentner Roggen, 1,14 Zentner Weizenkörner und 88 Pfund Roggenmehl auf dem Wohnhausboden unter Heu versteckt und damit beschlagnahmte Getreidevorräte unbefugt bei Seite geschafft. Das Landgericht Freiberg hat den Mann wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung zu 1 Woche Gefängnis und 1200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auch das Berufungsgericht hatte wie das Schöffengericht aus dem Verhalten des Angeklagten den Eindruck gewonnen, daß er gestaubt hat, die Folgen der strafbaren Handlung, wenn sie entdeckt würde, auf ein Geldopfer beschränken zu können, das er kaum als ein besonderes Uebel empfinden hätte. Schon dieser Auffassung gegenüber hielt das Landgericht mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Angeklagten eine Freiheitsstrafe am Platze. In die Waagschale fiel dabei auch, daß die Verunreinigung des Roggens, die offenbar mindestens auf die Erschwerung seiner Verwendung als Nahrungsmittel abzielte, einen hohen Grad von Hartnäckigkeit bei der Entziehung des Roggens der Allgemeinheit gegenüber und damit ein besonders hohes Maß von Mangel an Gewissenhaftigkeit betriebe. Weita er sich darauf berief, daß ihn eine Freiheitsstrafe besonders schwer treffe, weil er schon verschiedene Ehrenämter in der Gemeinde bekleidet habe, so mußte ihm entgegengehalten werden, daß gerade dieser Umstand für ihn hätte Veranlassung sein sollen, das ihm entgegengebrachte Vertrauen nicht durch derartige, jeden Gemeinfinns harte Handlungen zu enttäuschen. Das Oberlandesgericht Dresden hat die Revision des Angeklagten kostenpflichtig verworfen.

Bauhen. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich am Sonntag morgen auf der Strecke Zittau-Bischdors bei Station Tauschwitz a. Spre. Aus noch unauferklärter Ursache entgleiste der mittlere Wagen des Frühluges von Zittau und wurde etwa 100 Meter mittelfest, bis der Wagen umstürzte. Dann erst konnte der Zug halten. Entfallene Verletzungen sind nicht vorgekommen, die Passagiere mußten durch die Fenster aussteigen, eine Anzahl von ihnen erlitt Hautabstülpungen und Verletzungen durch Glassplitter.

Rochlitz. In der Stadtvorordnetenversammlung wurde die Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt. Es ergaben sich bei folgenden Konten Fehlbeträge: bei der Krankenkassakasse 79 300 Mk., bei der Realchulnkasse 138 300 Mk., bei der Armenkasse 59 800 Mk. — Die Autokasse Wittweida-Rochlitz wird, wie Bürgermeister Freyer-Wittweida mittelteil, noch in dieser Herbst eröffnet werden. Für die Errichtung einer Autohalle in Wittweida bewilligten die städtischen Kollegien Wittweida den Betrag von 120 000 Mk.

Glauchau. Der Haushaltsplan der Gemeinde verzeichnet einen Fehlbetrag von 7 250 000 Mk. An Einnahmen sind vorhanden 1 864 300 Mk., so daß ein ungedeckter Betrag von 2 855 700 Mk. verbleibt. Als Deckungsmöglichkeiten sind vorgesehen die erhöhte Zuweisung aus Reichseinkommensteuer, erhöhter Beitrag der Umschlagsteuer und die Steigerung des Ertrags der schaffenden Vermögenswerte.

Delenitz. Auf dem Bahnhof Neudöbny nahmen Eisenbahner einen verdächtig erscheinenden jungen Mann fest, der sich schließlich als ein aus der Gefangenanstalt Hoheneck stammender Straf-ling entpuppte namens Christoph Wilhelm Karte, geboren 1900 in Weh. Aufscheinend war es ihm gelungen, sich von seinem Arbeitsplatze unbemerkt zu entfernen. Der Ausgezeichnete hat wegen schwerer Einbruchsdiebstahls eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren zu verbüßen. Er wurde durch die Polizei wieder zurückgeführt.

Dugau. Unsere Gemeinde führt demnächst ebenfalls die kostenfreie Totenbestattung ein. Für Begräbnisbeihilfen an Bedürftige stellte der Gemeinderat vorläufig 10 000 Mk. zur Verfügung.

Gewerkschaftsbewegung.

Die „abgewürgte“ Bewegung bei Rudolf Sack und die Kommunisten.

Unter diesem sensationellen Titel wurde in Nummer 119 des Roten Kurier über eine Differenz in der Firma Rudolf Sack berichtet. Der Bericht lautete in der Schlussfolgerung: Die Bewegung ist beim Hauptvorstand nicht angemeldet, die Lokalkasse hat kein Geld. Mit dieser demagogischen Redewendung habe der U.S.P.-Mann Nitsche den Kampfwillen der Arbeiter von R. Sack abgewürgt. Die U.S.P.-Kongressen regten und die Arbeiter sind wieder einmal veraten worden. Daraus erleben die Arbeiter, daß ihre wahren Freunde die K.P.D.-Leute sind, welche den Kampf eskribieren. So der Rote Kurier.

Metallarbeiter Leipzigs! Ein Streik in der Firma R. Sack umfaßt 1200 Leute. Der Erfolg dieses reaktionären Arbeitsgebers in seiner Organisation ist so groß, daß mit einer Auspersierung in der Metallindustrie gerechnet werden mußte. Wenn auch die Arbeiter vor Streik und Auspersierung nicht zurückgeschreckt

Stefe	1.10
Rüben	1.50
Goldhirse	2.80
Süßner	1.50
Raffbeine	1.50
Mais	1.40
Mais	1.30
Knoschenschrot	1.80
Garnelenschrot	3.40
Geflügelmischelfutt	1.30
Wismehl	1.80
Wohn	2.80
Feist	12*

Reparaturen an Ihren led. Schuhen nur streng solide Ausführung u. unt. Garanti. bei **Gustav Kaniss** Uhrmach., Tauchaer Str. 8.

Preisabbau
Elegante Homespun-Poplin-Anzüge
Beste Stoffe, beste Verarbeitung
Preis nur 400 Mk.
Käthe Thieme
Sporgäßchen 10, I. Et.
Kein Laden, daher äußerst billig.

Gegen Würmer
hat sich **Wurmfeind** als Rohstoffmittel für Gm. und Kinder vortrefflich bewährt. Nur echt **König Salomo-Apothek**, Leipzig.

In unserm Verlage ist erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.

Kaufgeuche
Kaufe Herren-Garderobe Militär-Sachen, Betten, Bett- u. Leibw., Leibhausch, Militär-Stiefel und Schuhe, Milit. Mantel, Mantel, v. Strassenbahn b. Vatterberga
Gold- u. Silberw.-Uhren, Platin kauft **Bräuel**, Promenadenstr. 5, 2d. 1.
Ein Paar gebrauchte **Trauringe** sofort gesucht
Rörnerstr. 1, part. Tel. 9180.
Südde. Hof. a. Kauf. S. Hab mit **Hrl. V. Birkenstr. 8, Breitsh.**
Klappwagen, ab. Promenadenwagen, ein. Kinderb. kauft **M. Schäffrig**, Nid. Melchiorstr. 16.
Ausgestämmte Haare kauft zu höchsten Preisen **Freiser C. Racque**, Universitätsstr. 4.

Bermischte Anzeigen
Die in Erziehung gegenüber **Fräul. Elisabeth Siefert**, Badhausstr. 14, III. ausgef. Beleidigung, nehme ich hiermit neupoll zurück. **Koehn. Grätz**, Pfaffenbörner Str. 7.
Deutscher Schäferhund Rübe, 13.7. entl., Lux. Steuermarkte 4593, Kennzeich. weiße Brust und Vorderbein, dreht sich oft im Kreise, best. dabei u. verj. den Schwanz zu hoch. Vor Aufw. neu. Nachr. bes. Abt. w. hoch bei **Barthelstr. 8, pt.**

Ihr Anzug
wird wieder wie neu gereinigt u. gebügelt für 20 Mk. Abholung und Zustellung frei. **Wolke** genügt an **Wälscherei Undine**, Leipzig-Dölitz.

Massage-Unterricht
mit best. Prüfungsamt
Am 18.7. beginnt ein neuer Abend-Kursus
Anmeldung täglich
Institut **H. Schuber**,
Dumboldstr. 5, 1.
Kammerjäger Wagner
Wohnl. Senefelderstr. 11, 5.1.



Billige Schuh-waren

Wir weisen auf dieses außer-gewöhnlich billige Angebot besonders hin.

Damen-Schuhe

- Damen-Schnürstiefel mit und ohne Lackblatt, gute Verarbeitung... **78⁰⁰**
- Damen-Schnürstiefel mit und ohne Lackbesatz, fester Straßentiefel... **95⁰⁰**
- Damen-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, bequeme Form, auch mit niedrigen Absätzen... **125⁰⁰**
- Braune Damen-Schnürschuhe echte Chevreaux u. Boxcalf, kurze elegante Form, gutes Fabrikat... **145⁰⁰**
- Braune Damen-Schnürstiefel echt Chevreaux, kurze moderne Form... **195⁰⁰**
- Braune Damen-Spangenschuhe echt Chevreaux, moderne Form... **115⁰⁰**
- Braune Damen-Spangenschuhe Chevreaux mit Lederzierknopf... **138⁰⁰**

Herren-Schuhe

- Herren-Agraffen-Stiefel fester Strapsierstiefel... **95⁰⁰**
- Herren-Agraffen-Stiefel Derby, breite bequeme Form... **110⁰⁰**
- Herren-Agraffen-Stiefel Derby, Rindbox, gute Verarbeitung... **125⁰⁰**
- Braune Herr.-Agraffen-Stiefel echt Boxcalf, gute Rahmearbeit, mod. eleg. Form... **225⁰⁰**
- Braune Herren-Halbschuhe echt Chevreaux, Rahmearbeit... **168⁰⁰**

Artikel für Reise u. Bad

in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Benutzen Sie unsere

Reisegepäck-Versicherung

Policen sind sofort an unserer Sammelkassa im Erdgeschoß zu haben.

Althoff

Wochentags Einlaß 4^{1/2}, Anfang 5, Ende 10^{1/2} Uhr
Sonntags Einlaß 3, Anfang 3^{1/2}, Ende 10^{1/2} Uhr

Bindenfels

Karl-Seine-Straße 50 Fernruf 18195/96

Ab morgen Dienstag:

Der fliegende Tod

Sittenbild aus dem Weltkriegsleben in 5 Akten mit **Loda Salmonova, Rosa Baletti**

Opfer der Liebe

5 Akte, von bekannten Leipziger Künstlern gespielt und in Leipzig aufgeführt. Hauptrollen: **Marie Koch** und **Otto Stöckel**.

Ein stilles, behagliches Nest

Lustspiel in 2 Akten mit **Leo Peukert**

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96

Ab morgen Dienstag:

Die goldene Kugel

Kriminalfilm in 5 Akten mit **Gertrud Welcker** und **Erich Kaiser-Tib**

Die große und die kleine Welt

Drama in 5 Akten mit **Ulrich Abel** und **Lia Eibenhäuth**

Von Schreibfisch und Werkstoff

Aufnahmen berühmter Personen

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Einige Tropfen auf Ihr Haar!

„Madaform-Haarpflege“
Es ist etwas, was man kennen muß. Es ist das beste Mittel, den Haarwuchs zu fördern. Hohe Reinigungskraft. Sparsamer Gebrauch. Jedes Friseurgeschäft hat „Madaform“ schon fertig.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Direkt nur an Wiederverkäufer durch die Hersteller:
Heilbronner & Co., Heilbronn a. N.

Ein schöner Fuß wirkt häßlich

wenn die Schuhe nicht fein geputzt sind. —
Schuhkrem Pilo Extra
(mit Terpentinöl hergestellt)
gibt sofort eleganten Hochglanz.

Vertreter: **Ewald Gathmann**, Leipzig, Grimmaischer Steinweg 8.

Nach langem schwerem Leiden verschied am Sonntagmittag mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel,
Konstantin Faust
L. Schnefeld, Leofstraße 9, III.
Im tiefstem Schmerze setzt dies hierdurch an **Alma Faust** und Kinder,
Beerdigung findet Mittwoch, den 20. Juli, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Schnefelder Friedhofes aus statt.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und herzlichsten Anteilnahme beim so frühen Beimgang meines heißgeliebten Mannes und guten Vaters, des Gemeindevorstandes
Friedrich Kurt Flämig
sprechen wir nur hierdurch allen den tiefstgefühltesten Dank aus.
Sämannen, den 16. Juli 1921.
Frieda Flämig und Sohn **Werner**.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau und guten Mutter
Ida Schiolaut geb. Böhle
sagen wir allen Verwandten und Bekannten für zahlreiche Teilnahme und Blumensträuße herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem gesamten Arbeiterpersonal der Firma **Tränkner & Wörler** und dem Bandoneon-Klub **Fidelio** für die schönen Kranzspenden sowie Herrn Dr. **Klappenberger** für tröstende Worte am Grabe.
L. Lindenau, Albertstr. 61.
Otto Schiolaut und Sohn.